

# BRANDaktuell

Vom Dampfross bis  
zum ICE - ein Museum  
für den Ludwigsfelder  
Bahnhof  
Seite 3

WEBLASA  
leitet  
E-Government-Ära  
bei der LASA ein  
Seite 6

Einstiegsteilzeit  
Chance für  
Ausgebildete an der  
2. Schwelle  
Seite 8

Gender  
Mainstreaming  
fordert Politik und  
Verwaltung  
Seite 12 - 13

SOFIA -  
das Sonderprogramm  
für schwerbehinderte  
Frauen  
Seite 18



Job-AQTIV - Fördern und Fordern!  
Eine erste Bilanz des neuen Gesetzes

# INHALT

## Projektprofile

3

Vom Dampfross bis zum ICE  
Am Ludwigsfelder Bahnhof ist schon viel vorbeigekommen

## Akzente

4 - 5

Job-AQTIV - FÖRDERN und FORDERN  
Der Bundesarbeitsminister zu ersten Ergebnissen des Job-AQTIV-Gesetzes

## Neues aus der PZ

6

Startschuss in eine neue Ära - WEBLASA  
Der Brandenburger Beitrag zur E-Government-Initiative der Bundesregierung

## Potsdam-Fenster

7

Lokale Antworten auf lokale Bedürfnisse - Initiativen für neue Beschäftigung

## Fördertopf

8, 18

Brandenburger Initiative für Einstiegsteilzeit  
Chance für junge Menschen an der zweiten Schwelle

SOFIA - Sonderprogramm für schwerbehinderte Frauen

## Rechteck

9

Rechtsgrundlagen des E-Business (letzte Folge)

## Arbeit in der Forschung

10 - 11

Entwicklung moderner Dienstleistungsstrukturen - Ein Vergleich

## EU-Schwerpunkt

12 - 13

Arbeitsmarkt und Gender Mainstreaming -  
Herausforderung für Politik und Verwaltung

## Veranstaltungen

14

Trendwende in der Arbeitsmarktpolitik

## EU-Information

15

Die ESF-Homepage ist da - [www.esf-brandenburg.de](http://www.esf-brandenburg.de)

## EU-Spezial

16, 17

Alle wollen es - doch wie kann es konkretisiert werden? Instrumente und  
Methoden zur Umsetzung des GM-Prinzips in Strukturfondsprojekten

Von der Sensibilisierung zur Technik  
Interview mit Daniel Orellana, GM-Trainer

'Berufsbezogener Internationaler Jugendaustausch' wird 2002/2003 fortgesetzt



## Nebenbei bemerkt ...

... werden mit dem Wettbewerb des Wirtschaftsministeriums des Landes Brandenburg

### 'bb.netz - KMU nutzen E-Business'

kleine und mittlere Unternehmen (KMU) des Bundeslandes bei der Umsetzung fortgeschrittener Anwendungen auf dem Gebiet des elektronischen Geschäftsverkehrs in ihren Unternehmen unterstützt. Gefördert werden innovative Ansätze wie Geschäftsprozesse, die mithilfe neuer Technologien effizient vernetzt werden können.

### Ideenwettbewerb

Bis zum 10. Juni 2002 mussten die Projektskizzen durch die KMU eingereicht werden. Als Durchführungsinstanz für diesen Wettbewerb fungiert die Thales Information Systems GmbH in Kooperation mit der LASA Brandenburg GmbH. Der Geschäftsbereich 'Wirtschaftsnahe Qualifizierung' steht den KMU bei der Umsetzung ihrer Projektideen hilfreich zur Seite.

Die LASA gibt insbesondere Unterstützung bei der Ermittlung der Qualifizierungsbedarfe im IT-Bereich und bei der Suche nach geeigneten Bildungsanbietern für die Durchführung der notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen. Hängt doch eine erfolgreiche Einführung anspruchsvoller IT-Lösungen im entscheidenden Maße mit davon ab, wie es gelingt, diese durch zielorientierte Weiterbildung zu begleiten und abzusichern.

Weitere Informationen können Sie im Internet unter [www.bis2006.de/biem21](http://www.bis2006.de/biem21) erhalten.



## Vom Dampfross bis zum ICE

Am Ludwigsfelder Bahnhof ist schon viel vorbeigekommen

Als 1841 die zweite Eisenbahnlinie von Berlin nach Jüterbog eröffnet wurde, führten die Gleise auch an der Ansiedlung Ludwigsfelde vorbei, die bereits zwei Jahre später Bahnhaltestelle wurde und dann 1886 einen Bahnhof erhielt. Einen Bahnhof, dem 1999 das Aus drohte, da er von der Deutschen Bahn-AG aufgegeben wurde. Der zentral liegende Bahnhof und sein Vorgelände verfielen zusehends. Die Stadtverwaltung Ludwigsfelde entschloss sich deshalb, die Sanierung und Umwandlung des Gebäudes zum Museum mit öffentlichen Fördergeldern und mit Arbeitsförderprojekten selbst zu organisieren.

Zeitsprung ins Jahr 1886: In Ludwigsfelde wird der Bahnhof eröffnet. Zuvor war Ludwigsfelde lediglich ein Haltepunkt, an dem die Züge bei rechtzeitig angemeldetem Bedarf hielten und die Passagiere mithilfe von Trittleitern aufnahmen. Mit dem Bahnhof kam auch der Aufschwung nach Ludwigsfelde. Die Lehm-Fachwerkhaus-Siedlung entwickelte sich bin-

de Gebäude verfiel zusehends, obwohl täglich nach wie vor rund 1.000 Personen nicht den Bahnhof, aber die Bahnstation nutzten. Die Stadtverwaltung entschied sich daraufhin für den Um- und Ausbau des stadt- und regionalgeschichtlichen Komplexes und seine Umgestaltung zum technischen Museum.

Zurück in die Gegenwart. Von der Idee bis zur Umsetzung war es noch ein weiter Weg. Doch am 9. Juli 2002 war es geschafft - der Schlüssel an die Museumsleiterin Ines Krause wurde übergeben. Bis dahin hatten nicht nur die Stadtverwaltung und ihre Kooperationspartner (s. rechte Spalte) ein hartes Stück Arbeit zu bewältigen, sondern auch die Beschäftigten, die im Rahmen von ABM-Projekten die Sanierungsarbeiten durchführten. Reiner Rabe, Geschäftsführer des Zentrums für Aus- und Weiterbildung Ludwigsfelde GmbH (ZAL), bilanziert: „Mit der Sanierung und Umnutzung des Bahnhofes ist es uns nicht nur gelungen, der Stadt ein vorzeigbares Tor zur Stadt und zur Geschichte zu übergeben, sondern

wir haben es auch geschafft, 59 Prozent der geförderten Arbeitnehmer in reguläre Arbeitsverhältnisse zu vermitteln.“

Und es gibt noch weitere Ausbaupläne: Im sanierten Bahnhof ist noch ein attraktives Kommunikations- und Dienstleistungszentrum für die Pendler geplant. Doch zunächst wird erst einmal am 28. September dieses Jahres das Museum feierlich eröffnet. (em)



Feierliche Schlüsselübergabe an die Museumsleiterin Ines Krause am 9. Juli 2002



Das neue Ludwigsfelder Schmuckstück

nen kurzer Zeit zu einem wichtigen Verladeort.

### Das Aus für den Bahnhof droht

Ein weiterer Zeitsprung in das Jahr 1999: Nachdem der Bahnhof seine ursprüngliche integrale Funktion verloren hatte, strich die Deutsche Bahn AG den Bahnhof aus ihrem Bahnhofsprogramm. Das nicht mehr genutzte, aber zentral liegen-

### Projektinfo

#### Projektträger

Stadtverwaltung Ludwigsfelde, für den Teilbereich Arbeitsförderung ist das ZAL zuständig.

#### Kurzbeschreibung

Die Sanierung des Ludwigsfelder Bahnhofs und des Umfeldes wurde von folgenden Jugendsofortprogramm-Projekten durchgeführt:

1. Projekt: Juni 2000 bis Mai 2001: 10 Jugendliche
2. Projekt: August 2000 bis August 2001: 15 Jugendliche
3. Projekt: September 2001 bis März 2002: 15 Jugendliche
4. Projekt: November 2001 bis August 2002: 18 Jugendliche
5. Projekt: Juli 2002 bis Juni 2003: 15 Jugendliche

#### Kooperationspartner

An der Umsetzung des Projektes sind neben der Stadt Ludwigsfelde und dem ZAL noch weitere Organisationen beteiligt:

- Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft Waldstadt/Klausdorf
- Landesentwicklungsgesellschaft des Landes Brandenburg
- Arbeitsamt Potsdam, Geschäftsstelle Zossen
- Landkreis Teltow-Fläming
- Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH (LASA)

#### Finanzierung

Die Projekte wurden mit Geldern der Bundesanstalt für Arbeit, des Landes, der Kommune, über Sponsoring-Einnahmen und mit ZAL-Eigenmitteln finanziert.

#### Infos/Kontakt

ZAL, Struweg 1, 14974 Ludwigsfelde; R. Rabe, Tel.: (0 33 78) 85 38-00, Fax: -09, Internet: [www.zal-ludwigsfelde.de](http://www.zal-ludwigsfelde.de)

# Job-AQTIV - FÖRDERN und FORDERN

Ein Beitrag des Bundesarbeitsministers zu den ersten Ergebnissen des Job-AQTIV-Gesetzes

„Wir finden uns mit der Arbeitslosigkeit nicht ab. Deswegen haben wir bereits im vergangenen Jahr das Job-AQTIV-Gesetz auf den Weg gebracht. Damit werden die Ziele der Arbeitsmarktpolitik von einem eher reaktiven Ansatz hin zu präventiven Maßnahmen formuliert. Bereits im Namen des Gesetzes (AQTIV: Aktivieren, Qualifizieren, Trainieren, Investieren, Vermitteln) kommt der Grundgedanke des Förderns und Forderns zum Ausdruck. Arbeitslosigkeit soll möglichst vermieden oder aber so zügig wie möglich beendet werden, die regionale Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur sowie die berufliche und regionale Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen verbessert werden.“



Walter Riester

Um diese Ziele zu erreichen, werden verschiedene Ansätze verfolgt. Einige seien hier herausgegriffen:

### Intensivierung der Arbeitsvermittlung und Beratung

Kern der Neuregelungen ist, die Arbeitsvermittlung und Beratung zu intensivieren. Bereits zu Beginn der Arbeitslosigkeit stellen die Arbeitsämter umfassend die beruflich relevanten Stärken und Schwächen des Arbeitslosen fest. Nach

dem Ergebnis des Profiling können erforderliche Fördermaßnahmen sofort - ohne Einhaltung von Wartezeiten - eingesetzt werden. Arbeitsamt und Arbeitsloser legen gemeinsam in einer Eingliederungsvereinbarung fest, was das Arbeitsamt zur beruflichen Eingliederung des Arbeitslosen unternimmt und wie der Arbeitslose selbst zur Vermittlung beiträgt.

Mit dem Ausbau der beruflichen Qualifizierung für Arbeitslose und Beschäftigte wurden ebenfalls neue Akzente in der Arbeitsmarktpolitik gesetzt. Die betriebsinterne Weiterbildung wird durch das Instrument Job-Rotation unterstützt. Dabei erhält der Arbeitgeber, der seinen Mitarbeiter zur beruflichen Weiterbildung freistellt, Zuschüsse für die Beschäftigung, wenn er einen zuvor arbeitslosen Stellvertreter beschäftigt. Arbeitgebern, die ungelernete Arbeitnehmer für eine Weiterbildung unter

Fortzahlung des Arbeitsentgeltes freistellen, wird der Lohn ganz oder teilweise erstattet.

Die Kosten der Qualifizierung älterer Arbeitnehmer in kleineren oder mittleren Betrieben (mit bis zu 100 Beschäftigten) können durch das Arbeitsamt übernommen werden.

### Öffentlich geförderte Beschäftigung

Das Thema 'Öffentlich geförderte Beschäftigung' wird gerade in jüngster Zeit kontrovers diskutiert. Sie hat aber nach wie vor ihre Berechtigung in den Regionen mit besonders problematischer Arbeitsmarktlage. Auch wenn es das beschäftigungspolitische Ziel ist, Arbeitslose wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen, bieten Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen Arbeitslosen dort, wo auch durch Lohnkostenzuschüsse keine Beschäftigung entstehen kann, zumindest für einen befristeten Zeitraum die Möglichkeit, einer Beschäftigung nachzugehen.

### Job-AQTIV setzt Bewährtes fort

Die bewährten Instrumente wurden mit dem Job-AQTIV-Gesetz in Richtung Vereinfachung fortentwickelt. Hier einige Beispiele:

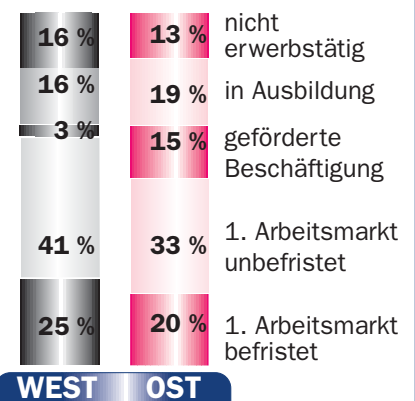
> Arbeitnehmer können nunmehr direkt

## Erwerbsstatus nach der Verweildauer in Arbeitslosigkeit

	bis 1 Monate	2-3	4-6	7-12	13-24	25 Mon. und mehr	insgesamt
Erwerbsstatus West- und Ostdeutschland insgesamt, Anteile in Prozent							
1. Arb.-markt befrist.	27,0	26,5	26,6	20,6	14,5	15,0	22,8
1. Arb.-markt unbefr.	52,1	51,3	36,9	28,4	23,6	18,9	37,8
geförderte Beschäftig.	2,0	3,8	6,4	9,6	16,6	12,0	7,4
Ausbildung	12,3	12,6	18,2	22,5	23,0	17,4	17,1
nicht erwerbstätig	6,7	5,9	12,0	18,9	22,2	36,7	14,9
<b>insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

Quelle: IAB-Kurzbericht, Nr. 12/1.7.2002

## Erwerbsstatus im Anschluss an die Arbeitslosigkeit im West-/Ost-Vergleich



## Arbeitsmarkt-Indikatoren in Prozent

	Arbeitslosenquote		Beschäftigungs- entwicklung
	April 1993	April 2002	
<b>Bundesland</b>			
Mecklb.-Vorpommern	17,7	19,9	- 5,89
Brandenburg	15,0	19,2	- 8,40
Sachsen-Anhalt	16,7	20,9	- 14,36
Sachsen	14,2	19,7	- 7,97
Thüringen	15,6	17,3	- 5,00
Ostberlin	13,6	19,6	- 9,06
<b>insgesamt</b>	<b>15,4</b>	<b>19,6</b>	<b>- 9,06</b>

Anmerkung: Arbeitslosenquote bezogen auf abhängig Beschäftigte (Berlin ab 2000 insgesamt)

Quelle: Statistik der Bundesanstalt für Arbeit, Berechnungen des IAB

nach Beginn der Arbeitslosigkeit ohne Wartezeiten eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme beginnen. Zuvor wurde eine mindestens sechs Monate dauernde Arbeitslosigkeit vorausgesetzt.

- > Mit dem Ziel der Verwaltungsvereinfachung wurde parallel zur bisherigen Berechnung der Zuschüsse wahlweise eine Pauschalierung der Lohnkostenzuschüsse zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingeführt.
- > Bei den Strukturanpassungsmaßnahmen sind die Fördervoraussetzungen für besonders schwer vermittelbare Personengruppe der über 55-jährigen Arbeitslosen erleichtert worden. Bis zu 60 Monaten - und damit häufig als Überbrückung bis zum Rentenbezug - können diese älteren Arbeitnehmer gefördert werden.

## BSI: anfängliche Skepsis der Unternehmen überwunden

Mit dem neuen Instrument Beschäftigung schaffende Infrastrukturförderung werden Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik besser miteinander verzahnt. Im Vordergrund steht, Arbeitslosen im Rahmen von Arbeiten zur Verbesserung der Infrastruktur eine Beschäftigung zu bieten. Öffentlich-rechtliche Träger, wie Städte, Gemeinden, Landkreise, Regierungsbezirke, Länder, Bundes- und Landesbehörden, Kirchen, Universitäten, erhalten einen Zuschuss in Höhe von bis zu 25 Prozent der zu erwartenden Gesamtkosten, wenn die Arbeiten an ein Wirtschaftsunternehmen vergeben werden, die Fördermittel zusätzlich zu den sonst vorgesehenen Eigenmitteln des Trägers eingesetzt werden und vom Arbeitsamt zugewiesene Arbeitslose in dem ausführenden Wirtschaftsunternehmen beschäf-

gewonnen werden. Inzwischen hat dieses neue arbeitsmarktpolitische Instrument regen Zulauf. Dies verdeutlichen die nachfolgenden Zahlen:

Bis Ende Juli 2002 wurden bereits über 500 Maßnahmen für fast 1.700 zugewiesene Arbeitnehmer bewilligt, weitere Maßnahmen für über 1.000 zugewiesene Arbeitnehmer werden bis zum Jahresende bewilligt werden.

Das neue Instrument hat besonderen Zulauf in den neuen Bundesländern. Allein in Brandenburg wurden 118 Maßnahmen für rund 400 zugewiesene Arbeitnehmer bewilligt. Besonders großen Anteil hat daran das Arbeitsamt Neuruppin, in dessen Bezirk mit 41 Maßnahmen mehr als ein Drittel der brandenburgischen Projekte im Rahmen der Beschäftigung schaffenden Infrastrukturförderung gefördert werden. (Eine Broschüre zur Handhabung von BSI wurde gerade von der LASA Brandenburg GmbH veröffentlicht. Siehe auch S. 19. Anmerkung der Redaktion)

Die weitere Fortentwicklung der öffentlich geförderten Beschäftigung wird unter anderem von den Ergebnissen der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission 'Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt' (die so genannte Hartz-Kommission) beeinflusst werden. *Walter Riester, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung*

## Infos

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA),  
Postfach 50 05 31 05,  
Tel.: (0 18 88) 52 7-0 (0,12 Euro/min.)  
E-Mail: info@bma.bund.de  
Internet: www.bma.de

tigt werden.

Nach anfänglicher Skepsis in der Wirtschaft konnten vor allem in Gesprächen mit Vertretern aus Bauindustrie und Bauhandwerk Interessenten

## Ticker + + +

## + + + Riester: Vorschläge der Hartz-Kommission sind innovativ und gerecht

Zu den der Bundesregierung übergebenen Vorschlägen der Kommission 'Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt' (die so genannte Hartz-Kommission) erklärte Bundesarbeitsminister Walter Riester: „Der Bericht ist ein gutes Stück Zukunft. Er verbindet Innovation und soziale Gerechtigkeit. Er steht für Erneuerung. Ich bin überzeugt, von den heute vorgelegten Vorschlägen werden kräftige Impulse für den Arbeitsmarkt ausgehen ...“

Eine Kurzfassung des Abschlussberichts der Kommission finden Sie im Internet.

## Infos

[www.bma.bund.de/download/Hartz-Kommission/kurzfassung.pdf](http://www.bma.bund.de/download/Hartz-Kommission/kurzfassung.pdf);

Den gesamten Bericht finden Sie unter: [www.bma.bund.de/Hartz-Kommission](http://www.bma.bund.de/Hartz-Kommission)

## + + + Heißer Draht nach Europa

Mit Datum vom 17. Juli 2002 ist eine neue Telefonnummer für die Bürger durch die Europäische Union (EU) geschaltet worden. Sie läuft über das Angebot der Europäischen Kommission 'EUROPE DIRECT' und lautet (0 08 00) 67 89 10 11. Seit 1998 bietet EUROPE DIRECT den Bürgern Informationen über Europa in immer besserer Qualität.

Dazu wurden in den letzten Jahren länderspezifische Telefonnummern geschaltet. Jetzt gibt es eine europaweite zentrale Einwahl, die jeder Bürger und Bürgerin oder auch Unternehmer und Unternehmerin gebührenfrei nutzen kann, um mit einem 'Muttersprachler' EU-Fragen zu klären.

## Infos

[http://europa.eu.int/europedirect/de/index\\_de.html](http://europa.eu.int/europedirect/de/index_de.html)

## + + + EURES-Dienst

Das Netz der Europäischen Arbeitsverwaltungen (EURES) soll die Freizügigkeit von ArbeitnehmerInnen in den 17 Ländern des Europäischen Wirtschaftsraums erleichtern. Zu den Partnern im Netz gehören neben den öffentlichen Arbeitsverwaltungen auch die Gewerkschaften und die Arbeitgeberorganisationen in den EU-Ländern. Die Partnerschaft wird von der Europäischen Kommission koordiniert.

## Infos

Die EURES-Beraterin in Brandenburg ist: Eugenia Gilge beim DRK Brandenburg, Eisenhartstr. 5, Postfach 60 05 64, 14469 Potsdam,  
Tel.: (03 31) 2 86 41 23,  
Fax: (03 31) 2 86 41 24,  
E-Mail: [gilge@debitel.net](mailto:gilge@debitel.net)



## Startschuss in eine neue Ära - WEBLASA

Der Brandenburger Beitrag zur E-Government-Initiative der Bundesregierung

**Verwaltungsmodernisierungen stehen seit jeher auf der Tagesordnung, aber erstmals hat die Bundesregierung seit dem 1. Dezember 1999 dieses Thema zum Programm erhoben.**



Nicht ohne auf die Dramatik in den Flutkatastrophengebieten hinzuweisen, eröffnete Brandenburgs Arbeitsminister Günter Baaske neben Prof. Dr. Wolfgang Kubiczek (li.) und Kurt Beckers (re.) die Pressekonferenz zur Präsentation von WEBLASA

### Moderner Staat - Moderne Verwaltung

Mit der Initiative 'BundOnline 2005' soll sich die Verwaltung insgesamt dem interaktiven Internet öffnen und die Chance von E-Government im Sinne des Servicegedankens für die Bürgerinnen und Bürger nutzen.

Diesen Anstoß hat die LASA Brandenburg GmbH als moderner Dienstleister für die Umsetzung der Arbeitsmarktpolitik im Jahr 2000 aufgenommen und das praxiserprobte Fondsverwaltungssystem FMLASA zum interaktiven internetbasierten WEBLASA-System weiterentwickelt.

### Papierlose Antragstellung - keine Utopie mehr

Dieses innovative modulare Programm ermöglicht die Online- (papierlose) Beantragung von Fördermitteln inklusive



Holger Heidenbluth von der Firma NIS Rheinsberg GmbH, die die Software entwickelte, und Elke Winter, verantwortlich bei der LASA für die Einführung, während der Präsentation von WEBLASA

der gesetzeskonformen elektronischen Unterschrift. Darüber hinaus werden auf elektronischem Weg alle Posteingangs-, Bescheid-, Berichts- und Finanzprozesse interaktiv unter Einhaltung des Datenschutzes transportiert und die relevanten Daten automatisch ohne zusätzliche Dateneingabe verarbeitet.

Im Gegensatz zu anderen geschlossenen Internetprogrammen haben alle potenziellen Antragsteller Zugriff auf WEBLASA und können nach dem Downloaden der elektronischen Formulare diese offline bearbeiten. Selbstverständlich liefert das System Hilfen zum Ausfüllen und automatisch arbeitende Rechenmodule für die geforderten Finanzdaten.

Wer nun glaubt, diese zukunftsorientierte Technik sei mit hohen Anschaffungskosten verbunden, irrt. Nach heutigem Stand darf man davon ausgehen,

- dass alle PC-Nutzer die Mindestvoraussetzungen bis auf die Smartcard erfüllen:
- > Windows 95 und aufwärts,
  - > Internet Explorer 5.0 und aufwärts,
  - > Smartcard (E-Signatur) und Lesegerät.

Die Kosten für das Lesegerät liegen zurzeit bei 61 Euro, für die Smartcard bei 24 Euro plus einer Jahresgebühr von 43

Euro. Eine Investition, die sich innerhalb kürzester Zeit amortisiert. Die LASA hat sich entschieden, diese Ausstattungen und die Signatursoftware von der Telekom (Telesec) zu beziehen.

Durch einen umfangreichen Feldtest in 2001/2002 konnten wir die Stabilität und Nutzerfreundlichkeit testen und an einigen Stellen noch verbessern. (BRANDaktuell berichtete darüber in der Nr. 3/2002 auf Seite 11. Auf dieser Seite finden Sie auch eine Übersicht zu den Modulen von WEBLASA.)

### Verkürzung der Bearbeitungszeiten

Mit der Sondergenehmigung des Finanzministeriums, des Arbeitsministeriums und des Landesrechnungshofes können wir nun WEBLASA zur allgemeinen Nutzung freigeben und allen Kunden ein Coaching anbieten (siehe Info-Kasten).

Wir versprechen uns, mit dem Einsatz von WEBLASA eine drastische Verkürzung der Bearbeitungszeiten, einen 24-Stunden-Total-Service und eine noch schnellere Kundenunterrichtung durch die Datenschnittstelle zum Call-Center. Ab sofort stehen alle elektronischen Formulare für die Richtlinien INT 7 U (Strukturanpassungsmaßnahmen im Bereich Umwelt), INT 8 (ABM - fachliche Anleitung) und BAB 2 (Verbundausbildung) im Internet auf der Website der LASA bereit.

Ab 1. Januar 2003 werden darüber hinaus alle E-Formulare für die Richtlinien 'Qualifizierung in KMU', 'SAM für Ältere', 'Arbeit statt Sozialhilfe' und die 'Gemeinsame Richtlinie' verfügbar sein.

Mit WEBLASA ist in Brandenburg eine neue Dimension in der Verwaltung eingeführt worden.

*Kurt Beckers, Geschäftsführer der LASA Brandenburg GmbH*

### Einladung

Das 1. Coaching zu WEBLASA wird für den 17. Sept. 2002 in Potsdam angeboten. Interessenten können sich entweder bei unserem Call-Center: Tel.: (03 31) 60 02-2 00, per E-Mail: antje.kneppke@lasa-brandenburg.de oder per Fax: (03 31) 60 02-4 00 melden. Sie erhalten dann die notwendigen Informationen.

## Lokale Antworten auf lokale Bedürfnisse

Initiativen für neue Beschäftigung in Brandenburg

**Günter Baaske, Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen in Brandenburg, übergab am 15. August 2002 in der LASA die Zuwendungsbescheide an die sechs Sieger des Wettbewerbs 'Initiativbüros zur Unterstützung lokaler Initiativen für neue Beschäftigung'. Ziel ist es, vor Ort Aktionen für neue Beschäftigung zu initiieren. Das Fördervolumen soll jährlich 1,2 Mio. Euro betragen.**

Die sechs Wettbewerbssieger, die von einer unabhängigen Jury nach der Ausschreibungsphase bestimmt wurden (s. Kasten unten),

können mit diesem Geld Initiativbüros einrichten. Diese sollen in den Regionen Initiativen für Beschäftigung mobilisieren, Projekte anregen, unterstützen, begleiten und vernetzen.

Jedes der sechs Initiativbüros beruft einen regionalen Beirat, der mit ihm über die Förderung entscheidet. Die dafür vorgesehenen Gelder aus dem ESF werden von diesen Büros unmittelbar an die Initiativen in einem vereinfachten Verfahren ausgegeben. Bis zu 10.000 Euro können pro Projekt beantragt werden.

### Mikroprojekte bekommen jetzt eine Chance

Die Landesregierung unterstützt mit dieser Förderung vor allem kleine und noch zu gründende Initiativen, wie die so genannten 'Mikroprojekte' oder Einzelpersonen. Mikroprojekte bieten z. B. die Möglichkeit, dass eine einzelne Person testen kann, ob sich vielleicht ein Fahr- und Einkaufsdienst in der Region lohnen würde. Also ganz im Sinn von 'Lokalen Antworten, die auf lokale Bedürfnisse'



Arbeitsminister Günter Baaske zusammen mit den Wettbewerbssiegern, Vertretern des Arbeitsministeriums und den beiden Geschäftsführern der LASA Brandenburg GmbH

gegeben werden können.

Die Maßnahmen sollen:

- > die berufliche Eingliederung und
- > die Gründung von Kleinunternehmen unterstützen oder
- > zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts beitragen.

Auf diese Weise besteht die Chance, dass sich ein breites Spektrum an Initiativen entfaltet, das das Potenzial zur Beschäftigungsentwicklung und Integration in die Erwerbsarbeit mobilisiert.

### Beitrag zur europäischen Beschäftigungsstrategie

Günter Baaske bei der Übergabe: „Ich freue mich, dass diese neue Förderung vor allem auch Frauen- und Mädchenprojekten in den Regionen eine größere Chance bietet. Profitieren werden ebenso lokale Aktivitäten für Langzeitarbeitslose, für arbeitslose Jugendliche und Ältere.“ (kr)

#### Infos

Koordinator bei der LASA ist: Christian Wend, Tel.: (03 31) 60 02-4 24

### Die Wettbewerbssieger

Von einer Jury wurden auf der Grundlage von 33 Konzeptvorschlägen folgende sechs Träger der Initiativbüros ausgewählt:

- der Uckermärkische Regionalverband e. V.,
- der Brandenburgische Landfrauenverband e. V.,
- der Demokratische Frauenbund e. V.,
- der Kooperationsanstiftung Lauchhammer e. V.,
- der Luckenwalder Verein für Arbeitsförderung und berufliche Bildung e. V. und
- die Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).

### Ticker + + +

#### + + + Achtung: Förderung von SAM im Bereich Jugendhilfe

Eine Überprüfung der bei der LASA Brandenburg GmbH bewilligten Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) im Bereich der Jugendhilfe hat gezeigt, dass die meisten Projekte am 31. Dezember 2002 enden. Nur in wenigen Fällen konnten Maßnahmen über den 31. Dezember 2002 hinaus mit Verpflichtungsermächtigungen (VE) für 2003 bewilligt werden.

Wir möchten auf diesem Wege die Jugendämter auf die Möglichkeit hinweisen, dass sich Maßnahmen auch ohne Inanspruchnahme von VE unter Berücksichtigung von Nr. 7.2 zu § 44 Landeshaushaltsordnung (LHO) bis maximal zum 28. Februar 2003 erstrecken können. In diesem Fall müssen die Kommunen die Kassenmittel in ihren Planungen berücksichtigen, die für den über den Jahreswechsel hinausgehenden Zeitraum (eben maximal bis 28. Februar 2003) benötigt werden.

Die Maßnahmeträger müssen beachten, dass die über den 31. Dezember 2002 hinaus bewilligten Mittel noch bis 5. Dezember 2002 per Mittelanforderung bei der LASA abgerufen werden müssen.

Sollte eine Bewilligung bis 28. Februar 2003 nicht möglich sein, müssen die Maßnahmen zum 31. Dezember 2002 unterbrochen und können nicht reibungslos weitergeführt werden. Dies wäre gerade im sensiblen Bereich der Jugendhilfe ein Problem.

#### + + + Arbeitgeber in Hochwassergebieten bekommen SV-Beiträge erstattet

Eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung haben das Bundesarbeitsministerium und die Bundesanstalt für Arbeit beschlossen. Dies ist eine weitere wichtige Maßnahme, um Betrieben in Hochwassergebieten schnell und unbürokratisch zu helfen und sie von Kosten zu entlasten. Riester wies in diesem Zusammenhang nochmals darauf hin, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Hochwassergebieten Kurzarbeitergeld - auch bei Kurzarbeit Null - beantragen können. Es wird in Höhe des Arbeitslosengeldes gezahlt.

„Die Mitarbeiter müssen dann nicht entlassen werden und die Betriebe können bei Wiederaufnahme der Betriebstätigkeit ihr angestammtes Personal sofort wieder einsetzen“, so der Bundesarbeitsminister.

#### Infos

Unter [www.staat-modern.de](http://www.staat-modern.de) sind alle Finanzhilfen der Bundesanstalt für Arbeit mit den entsprechenden Ansprechpartnern zusammengefasst. Infos zum Kurzarbeitergeld finden Sie unter der Internetadresse [www.bma.bund.de](http://www.bma.bund.de).

## Brandenburger Initiative für Einstiegsteilzeit

Chance für junge Menschen an der zweiten Schwelle

**Die Brandenburger Initiative für Einstiegsteilzeit soll jungen Menschen nach der Ausbildung eine berufliche Perspektive in Brandenburg eröffnen. Erklärtes Ziel ist es, mit einem Pilotprojekt bis Ende 2004 mindestens 500 zusätzliche Teilzeitstellen für junge Menschen in Brandenburger Betrieben zu schaffen. Getragen wird die Initiative vom Brandenburger Arbeitsministerium, dem Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg sowie der Industrie- und Handelskammer Frankfurt (Oder).**

Während das Land Brandenburg durch die Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze das Defizit an betrieblichen Ausbildungsplätzen ausgleichen kann, ist die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen, die ihre Ausbildung abgeschlossen haben, hoch (sog. 2. Schwelle). Ende Juni waren mehr als 28.000 Jugendliche unter 25 Jahren in Brandenburg arbeitslos gemeldet. Bei diesem Problem setzt die Einstiegsteilzeit an.

ist, dass einige Unternehmen zwar Bedarf an MitarbeiterInnen haben, aber aufgrund der betrieblichen Situation derzeit keine volle Stelle schaffen können. Mit einer Teilzeitstelle könnten solche Unternehmen sich ihre künftig benötigten Fachkräfte heranziehen und binden. „Viele kleine und mittlere Unternehmen benötigen Unterstützung bei einer zukunftsorientierten Personalplanung“, sagt IHK-Hauptgeschäftsführer Gundolf Schülke.



*Klaus Clausnitzer, Präsident des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg, Alwin Ziel, Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen sowie Gundolf Schülke, IHK-Hauptgeschäftsführer, unterzeichnen die Vereinbarung zur Einstiegsteilzeit (v. l.)*

### Arbeitslosigkeit verringern, Fachkräfte im Land behalten

Mit der Förderung von Einstiegsteilzeit verfolgt das Land gleich mehrere Ziele: „Wir wollen die Arbeitslosigkeit junger Menschen verringern und mit den zusätzlichen betrieblichen Arbeitsplätzen die bald dringend benötigten jungen Fachkräfte im Land behalten“, sagt Arbeitsminister Alwin Ziel. Denn spätestens ab dem Jahr 2006, so Ziel, hätten Brandenburger Betriebe mit einem Fachkräftemangel zu kämpfen. Auch Landesarbeitsamtspräsident Klaus Clausnitzer möchte mit der Initiative berufliche Perspektiven für junge Menschen in Brandenburg schaffen. „Das große Problem der neuen Bundesländer sind die fehlenden beruflichen Perspektiven für die Bürgerinnen und Bürger“, so Clausnitzer.

### Unterstützung bei der Personalplanung

Die Idee, die hinter der Initiative steckt,

### Projektteam berät Unternehmen

Hier setzt das Konzept der Initiative an. Ein Projekt-Team informiert Jugendliche zur Einstiegsteilzeit und berät Unternehmen zur Arbeitsorganisation und Personalentwicklung. Die MitarbeiterInnen akquirieren zusätzliche Teilzeitstellen, die mit jungen Arbeitslosen besetzt werden. Für die neu geschaffenen Teilzeitstellen können die

Unternehmen von den zuständigen Arbeitsämtern Lohnkostenzuschüsse erhalten. Gefördert werden Teilzeitarbeitsverhältnisse mit einer Arbeitszeit von mindestens 50 Prozent einer Vollzeitstelle.

### Qualifizierung für die jungen TeilzeitmitarbeiterInnen

Gleichzeitig ermitteln die MitarbeiterInnen des Teams Qualifizierungsbedarfe bei den jungen Teilzeitbeschäftigten und organisieren Qualifizierungsmaßnahmen. Mit der Einstiegsteilzeit finden junge Arbeitslose einen ersten Einstieg in den Beruf und in einen Betrieb. Zusätzlich werden ihre Arbeitsmarktchancen durch die Qualifizierungen verbessert. (jac)

### Infos

IHK-Projektgesellschaft mbH Frankfurt (Oder), Puschkinstr. 12 b, 15236 Frankfurt (Oder); Projekt Einstiegsteilzeit; Dr. Hans-Joachim Plath, Tel.: (0 33 34) 25 37-28, Fax: -44, E-Mail: plath@ihk-projekt.de

## Einstiegsteilzeit - das sind die Ziele, so funktioniert es

### Die Ziele

- > Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit,
- > Verringerung der Abwanderung junger Arbeitskräfte aus Brandenburg,
- > Modernisierung der Arbeitszeitgestaltung in den Betrieben,
- > Sicherung der Fachkräftebedarfe.

### Die Jugendlichen

- > gehen ein Teilzeitarbeitsverhältnis in einem Unternehmen ein,
- > werden zusätzlich qualifiziert, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Gefördert werden können arbeitslose Jugendliche bzw. junge Erwachsene mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung, die im Land Brandenburg wohnen.

### Die Unternehmen

- > erhalten Lohnkostenzuschüsse für zusätzlich geschaffene Teilzeitstellen für arbeitslose junge Menschen,
- > beteiligen sich an den Kosten für die Qualifizierungsmaßnahmen.

Lohnkostenzuschüsse können Unternehmen bekommen, die ihren Sitz im Land Brandenburg haben.

### Das Beraterteam

- > ist angesiedelt bei der IHK-Projektgesellschaft mbH Frankfurt (Oder),
- > setzt das Pilotprojekt landesweit um,
- > akquiriert Teilzeitstellen,
- > berät Jugendliche und Unternehmen,
- > ermittelt Qualifizierungsbedarfe der Jugendlichen,
- > sucht passende Bildungsmaßnahmen.

### Das MASGF

stellt bis zu 2,35 Mio. Euro für Beratung und Qualifizierung aus ESF- und Landesmitteln zur Verfügung.

### Die Arbeitsämter

finanzieren Lohnkostenzuschüsse bis maximal 60 Prozent des Arbeitseinkommens.

### Laufzeit

1. September 2002 bis 31. Dezember 2004



# Rechtsgrundlagen des E-Business

Entwicklungen im E-Government - Folge 7

**E-Government ist das Schlagwort für eine bürgerfreundliche und -nahe Verwaltung, für eine bürger-nahe Politik und letztendlich auch für eine Verwaltungsmodernisierung. Nachdem die Kommunen und der Bund über diverse Online-Präsentationen verfügen, ist es an der Zeit, den Bürgerinnen und Bürgern auch interaktive Verwaltungsdienstleistungen online anzubieten. Die entsprechenden Daten des Bürgers oder eines Unternehmens werden dabei nicht nur per Internet übertragen, sondern auch in den IT-Systemen der Behörden verarbeitet, gespeichert sowie archiviert.**

## Initiative des Bundes

Mit der E-Government-Initiative 'Bund online 2005' hat sich die Bundesregierung verpflichtet, alle internetfähigen Dienstleistungen der Bundesverwaltung bis zum Jahr 2005 online bereitzustellen. 'Bund online 2005' trägt dafür Sorge, dass Bürger und Unternehmen die Dienstleistungen der Bundesverwaltung einfacher, schneller und kostengünstiger in Anspruch nehmen können. 'Bund online 2005' ist zudem wichtiger Bestandteil der umfassenden Verwaltungsmodernisierung. Hierdurch soll eine flächendeckende Vereinfachung von Strukturen und Abläufen der Bundesverwaltung erreicht werden. Zur Unterstützung der Initiative 'Bund online 2005' hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ein 'E-Government-Handbuch' herausgegeben. Neben Informationen zur Organisation und zum IT-Einsatz im E-Government werden insbesondere auch sicherheitstechnische Empfehlungen zur Verfügung gestellt. Die Inhalte des Handbuchs verstehen sich jedoch nicht als Vorgabe oder Regelung, sondern haben vielmehr empfehlenden Charakter. Das Handbuch kann über [www.bsi.de](http://www.bsi.de) bezogen werden.

## Online-Projekte des Bundes

Im Rahmen der Initiative 'Bund online 2005' sind bereits einige Online-Projekte entstanden. Hierzu zählen z. B. das 'Online-Angebot des Arbeitsamtes' ([www.arbeitsamt.de](http://www.arbeitsamt.de)). Der virtuelle Arbeitsmarkt bietet neben verschiedenen Serviceleistungen für Arbeitnehmer auch für Arbeitgeber und Berufsanfänger umfassende Datenbanken für den deutschen und europäischen Arbeitsmarkt. Mithilfe des Projektes 'DIGANT - digitales Antragsverfahren' kann der Bürger Personalausweise, Reisepässe und Führerscheine auf der Internetseite der Bundesdruckerei ([www.bundesdruckerei.de](http://www.bundesdruckerei.de)) online bestellen. Unter '[www.elster.de](http://www.elster.de)' können Einkommenssteuererklärungen per Internet abgegeben werden. Das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie bietet ein zentrales Geodatenportal an, auf dem Geo-Informationen, sei es für die Berei-

che Raumplanung, Verkehrslenkung und Naturschutz oder für die Erstellung amtlicher Statistiken und raumbezogene Kriminalitätsanalysen, online zur Verfügung stehen ([www.geodatenzentrum.de](http://www.geodatenzentrum.de)). Das Bundesverwaltungsamt hat für Bafög-Rückzahler einen Internetservice eingerichtet, mit deren Hilfe Anträge, Fragen und Wünsche für Darlehensbearbeitungen auch online über das Internet abgeklärt werden können ([www.bundesverwaltungsamt.de](http://www.bundesverwaltungsamt.de)). Das deutsche Patent- und Markenamt (DPA) hat das Patent- und Informationssystem (DEPATIS) mit mehr als 25 Mio. Patentdokumenten online gestellt. Unter [www.depatist.net](http://www.depatist.net) wird der Öffentlichkeit erstmals ein schneller und kostenloser Zugriff auf sämtliche deutschen Patente seit 1877, aber auch auf Anmeldungen, die nicht patentiert wurden, angeboten. Schließlich wird der Einkauf der öffentlichen Verwaltung zukünftig via Internet organisiert - dank '[www.oeffentlicher-einkauf-online.de](http://www.oeffentlicher-einkauf-online.de)' - dem neuen virtuellen Vergabeverfahren des Beschaffungsamtes des Bundesministeriums des Innern (BMI). Unter [www.bescha.bund.de](http://www.bescha.bund.de) wird der gesamte Vergabeprozess geregelt und erleichtert. Die Behörden können dabei von der Bedarfsmeldung über die Ausschreibung bis zur Auslieferung der Produkte den elektronischen Weg nutzen.

## E-Government in den Kommunen

Neben dem Bund sind die Kommunen noch viel stärker daran interessiert, erster Ansprechpartner für die Belange ihrer Bürger zu sein. Von Verwaltungsdienstleistungen angefangen über politische Beteiligungen bis hin zu Freizeitangeboten fungieren die Kommunen als direkter Ansprechpartner. Auch die Kommunen entwickeln zunehmend benutzerfreundliche und interessante Online-Angebote in den letzten Jahren. In einer Studie der Initiative D21 ('E-Town 2002' abrufbar unter [www.initiated21.de](http://www.initiated21.de)) wurden die Angebote von 82 Großstädten (ab 100.000 Einwohnern) in den Bereichen 'elektronische Verwaltung', 'elektronische Demokratie' und 'Nutzerfreundlichkeit' untersucht. Dabei zeigte das Er-

gebnis, dass die Umsetzung von E-Government-Lösungen nicht nur eine finanzielle Frage ist, da auch Städte mit prekärer Haushaltslage unter die besten E-Government-Städte fielen (z. B. Dortmund, Halle, Leipzig, Essen und Magdeburg). Neben den Städten Bremen und Mannheim erhielt Essen schließlich die Auszeichnung für den besten Internet-Auftritt im Bereich 'E-Administration'.

## Anpassung von Verwaltungsvorschriften

Eine grenzenlose Online-Durchführung aller Verwaltungsdienstleistungen gehört noch nicht zum realen Verwaltungsalltag. Hier sind die Kommunen auf den Bund angewiesen, der klare Zeichen für weitere Entwicklungen setzen muss. Ein erstes Zeichen ist in dem Entwurf eines dritten Gesetzes zur Änderung verfahrensrechtlicher Vorschriften vom 17. April 2002 zu sehen. Mit der Anpassung der verfahrensrechtlichen Vorschriften des Bundes erhalten die vielzähligen E-Government-Initiativen einen weiteren Schub: Die Gleichstellung von elektronischer und eigenhändiger Unterschrift ist für die Verwaltung unerlässlich und bildet einen wichtigen Schritt für den Erfolg von E-Government-Strategien. In der Verwaltungspraxis bedeutet dies, dass ein elektronisch übermitteltes Schreiben in Verbindung mit der digitalen Signatur genauso rechtsverbindlich ist, wie ein herkömmliches Schreiben mit handschriftlicher Unterschrift. Die Länder müssen, wenn das Gesetz in Kraft tritt, ihre eigenen Landesverwaltungsverfahrensgesetze entsprechend anpassen, so dass künftige Genehmigungsverfahren, für die die Bundeslandgesetze die Schriftform verlangen, auch elektronisch bearbeitet werden können. Das Thema 'E-Government' wird also auch weiterhin aktuell bleiben.

Andrea Brandenburg,  
Rechtsanwältin für Multimedia-Recht  
Infos

Dr. Erbe, Rechtsanwälte und Steuerberater,  
Potsdam/Berlin  
Internet: [www.drerbe.de](http://www.drerbe.de)  
E-Mail: [andrea.brandenburg@drerbe.de](mailto:andrea.brandenburg@drerbe.de)



## Entwicklung moderner Dienstleistungsstrukturen

Ein Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern

Im ersten Teil (BRANDaktuell 7/2002) haben wir ausgewählte Ergebnisse der Expertise 'Arbeitsmarkt- und Qualifikationsentwicklung in modernen dienstleistenden Bereichen - ostdeutsche Beispiele' vorgestellt. Im letzten Teil soll die Entwicklung moderner dienstleistender Funktionen als solche dargestellt werden.

Wir konzentrieren uns im Folgenden auf zwei wesentliche Tendenzen: die zunehmende Bedeutung unternehmensbezogener Dienstleistungen und die regionalen Besonderheiten dienstleistender Strukturen. Am Beispiel von Brandenburg wird die regionale Entwicklung ausgewählter Freier Berufe genauer betrachtet.

**Bedeutungszunahme unternehmensbezogener Dienstleistungen**  
Dienstleistungen werden üblicherweise unterschieden in unternehmens- sowie personenbezogene Dienste. Unternehmensbezogene Dienstleistungen werden vornehmlich von Unternehmen für andere Unternehmen sowie staatliche Institutionen erbracht. Dabei ist nicht auszuschließen, dass Unternehmen, die den unternehmensbezogenen Diensten zuzurechnen sind, auch Leistungen für private Haushalte erbringen (Datenverarbeitung, Beratung, Bauplanung etc.).

Tendenziell lassen sich bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen zwei Entwicklungstrends erkennen:

- > Die Zahl der Beschäftigten in diesem Bereich steigt an. Grund ist die Verlagerung der Wertschöpfung und Beschäftigung von der Produktion auf dienstleistende Funktionen (Tab. 1).
- > Die Zahl der Unternehmensgründungen in diesem Bereich steigt ebenfalls. Der Grund hierfür ist die zunehmende Konzentration bestehender Unternehmen auf ihr Kerngeschäft und die damit einhergehende Auslagerung von Geschäftsbereichen.

Interessant ist der Vergleich der Dienstleistungsentwicklung in Ost- und Westdeutschland. Tabelle 1 dokumentiert die Entwicklung abhängiger Beschäftigung für den Zeitraum 1999 bis 2001, unterschieden nach alten und neuen Bundesländern. Der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten stieg im Bereich unternehmensbezogener Dienstleistungen in Ostdeutschland nicht so deutlich an (3,7 Prozent) wie in Westdeutschland (16,6 Prozent).

Zu berücksichtigen ist, dass die Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungsbereich auch davon abhängt, ob die Branchen konjunkturellen Schwankungen unterliegen.

### Dienstleistungsentwicklung in den neuen Bundesländern

Der Umstrukturierungsprozess in den neuen Bundesländern ist folgendermaßen zu charakterisieren: Die Wirtschaft in den neuen Ländern ist nach mehr als zehn Jahren deutsch-deutscher Vereinigung geprägt durch hohen Beschäftigungsabbau, geringe Produktivität der Betriebe, schlechte Kapitalausstattung, fehlende Liefer- und Vertriebsnetze, wenige zukunftsträchtige High-Tech-Unternehmen. Die Entwicklung unternehmensbezogener Dienstleistungen verläuft in den neuen Ländern verhaltener (Tab. 1). Das Fehlen einer industriellen Basis hemmt in vielen ostdeutschen Regionen eine erfolgreiche Ausdifferenzierung unternehmensbezogener Dienstleistungen.

Insbesondere der Verlauf des ostdeutschen Gründungsgeschehens gibt Aus-

### Was sind Freie Berufe?

Freiberufler sind Selbstständige, die sich, so der Berufsverband, durch hohe Professionalität, Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl, strenge Selbstkontrolle und Eigenverantwortlichkeit/Unabhängigkeit, enge persönliche Beziehung zu Mandanten, Klienten auszeichnen. Es werden verkammerte (bspw. Anwälte, Ärzte) und unverkammerte (bspw. IT-Selbstständige, Unternehmensberater) Freie Berufe unterschieden.

kunft über die Rolle unternehmensbezogener Dienste. Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland finden zwar die meisten Unternehmensgründungen im Dienstleistungsbereich statt. Jedoch liegt der Anteil der unternehmensbezogenen Dienstleistungen am gesamten Gründungsaufkommen in den alten Bundesländern deutlich höher als in den neuen Ländern. In Westdeutschland stieg, laut Aussage des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), von 1995

Tabelle 1: Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten nach ausgewählten Wirtschaftszweigen (Januar 2002)

Wirtschaftszweige	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	30.06.2001	Veränderung gegenüber 1999 (in %)	30.06.2001	Veränderung gegenüber 1999 (in %)
Verarbeitendes Gewerbe	7.019.429	0,3	943.170	- 2,4
Metallwirtschaft	850.953	0,3	168.432	- 7,0
Textil-, Bekleidungs-gewerbe	197.150	- 9,9	30.673	- 11,2
Produktionsorientierte Dienstl.	2.737.114	16,6	540.783	3,7
Reinigung von Gebäuden, Räumen	292.802	19,9	75.477	- 2,9
Rechts-, Patentanwaltspraxen	119.385	2,0	18.644	- 2,2
Wirtschaftliche Beratung	606.582	25,1	70.267	14,8
Architektur-, Bau-, Vermessungsberatung	444.301	12,4	89.111	- 7,7
Chemische, chemotechn. Labore	15.503	6,0	3.616	- 5,9
Grundstücks-, Wohnungswesen, Vermittlung	304.068	9,3	65.926	- 6,6
Wirtschaftswerbung, Werbegestaltung	126.757	27,4	13.609	34,1
Ausstellungswesen	13.805	17,1	2.211	24,7
Vermietung beweglicher Sachen	52.454	14,1	12.888	- 4,2
Bewachung, Aufbewahrung, Boten	129.266	23,3	45.192	7,9
Auskunfts-, Schreib- und Übersetzungsleistungen	80.205	34,1	22.870	60,7
Arbeitnehmerüberlassung/ Leiharbeit	282.800	24,2	54.367	23,5
Insgesamt (verarbeit. Gewerbe u. produkt. Dienstleistung)	9.756.543	4,4	1.483.953	- 0,2
<b>Zusammen</b>	<b>23.006.941</b>	<b>2,7</b>	<b>4.809.982</b>	<b>- 5,5</b>

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (2002). In Tabelle 1 wird die Kategorie 'Produktionsorientierte Dienstleistung' verwendet. Es handelt sich jedoch offenbar um eine Unterkategorie des im Text verwendeten Begriffs 'unternehmensbezogene Dienstleistungen'.

bis 2000 der Anteil an Unternehmensgründungen im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen von 19 auf 23 Prozent. Demgegenüber liegt der Anteil ostdeutscher Gründungen im Bereich unternehmensbezogener Dienstleistungen im Jahr 2000 bei nur 15 Prozent. Auffallend ist die große Zahl ostdeutscher Unternehmensgründungen in konsumnahen bzw. personenbezogenen Dienstleistungen: Im Jahr 2000 betrug dieser Anteil 29,5 Prozent.

Es zeigen sich aber in den neuen Ländern erhebliche regionale Unterschiede. Vorzugsweise in den Speckgürteln großer Ballungsgebiete finden sich Regionen mit hohen Gründungsraten und günstiger Entwicklung der neu gegründeten Unternehmen. Andere Regionen haben niedrige Gründungsraten, die Unternehmen hier haben sehr beschränkte Expansionschancen. Dies ist insbesondere für grenznahe Gebiete Ostdeutschlands zu Osteuropa typisch. Neben der Startgröße und der Branchenzugehörigkeit - als Indikator für die Wettbewerbssituation - wird die Nachhaltigkeit einer Gründung offensichtlich sehr stark vom regionalen Umfeld beeinflusst.

### Entwicklung freiberuflicher Dienste in Brandenburg

Auch bei der Entwicklung der Freien Berufe zeigen sich erhebliche regionale Disparitäten. Die Zahl der Selbstständigen in Freien Berufen variiert in den neuen Bundesländern. 1993 - es lagen nur für 1993 vergleichbare Zahlen vor - sah die Verteilung folgendermaßen aus (Selbstständige in Freien Berufen aller neuen Bundesländer zusammen gleich 100 Prozent): in Sachsen 36 Prozent, in Sachsen-Anhalt 20 Prozent, in Thüringen 18 Prozent, in Brandenburg 16 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern 10 Prozent. Das am stärksten besiedelte Land Sachsen weist den höchsten Anteil an Freiberuflern auf. Offenbar korrespondiert die Zahl von in Freien Berufen Tätigen mit der Bevölkerungsdichte.

Im Weiteren wird die Entwicklung Freier Berufe in ausgewählten Berufsfeldern im Land Brandenburg dargestellt.

### Anwaltschaft

Tabelle 2 zeigt die Verteilung der Rechtsanwälte im Jahr 1999 in Brandenburg; es ist zu erkennen, dass größere Städte einen höheren Anteil an Rechtsanwälten aufweisen. Die beiden Regionen Potsdam

und Frankfurt (Oder) weisen die höchsten Zahlen an selbstständigen Rechtsanwälten auf; hier scheint die Nähe zu Berlin bzw. das Vorhandensein der Universitäten eine große Rolle zu spielen. Weiterhin fällt der hohe Anteil von Frauen in der Region Frankfurt (Oder) von mehr als 32 Prozent auf.

### Architektur

Die Entwicklung freiberuflicher Architekten in Brandenburg wird in Tabelle 3 dargestellt. Ihr Anteil fällt in den betrachteten Großstädten unterschiedlich aus. Die höchste Zahl selbstständiger Architekten findet sich in der Region Potsdam, also in der Nähe der Landeshauptstadt und in der Nähe zu Berlin.

### Steuerberatung

In den größeren Städten Brandenburgs gibt es vergleichsweise wenig selbstständige Steuerberater (vgl. Tab. 4), genaue Gründe dafür konnten wir nicht ermitteln. Der Frauenanteil differiert stark. In Frankfurt (Oder) liegt der Anteil über 57 %.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Entwicklung freiberuflicher Dienste im Land Brandenburg ähnlich verlief wie in den anderen neuen Bundesländern, d. h. es gibt ein ungebrochenes Wachstum bei den Freien Berufen. Offenbar sind die geografischen Gegebenheiten des Landes Brandenburg hinsichtlich der Versorgung mit freiberuflichen Leistungen von erheblicher Bedeutung, denn die Nachfragestrukturen werden wesentlich durch die Bevölkerungsdichte, wirtschaftliche Ausgangslage sowie Ansiedlung von Bildungseinrichtungen (Fach- und Hochschulen) in der Region bestimmt. Es besteht Forschungsbedarf, um die genaueren Ursachen der differenzierten regionalen Entwicklung in Brandenburg zu ermitteln. Auch weisen die verschiedenen Frauenanteile auf einen

**Tabelle 2: Anzahl der RechtsanwältInnen**

Region	Anzahl insgesamt	davon Frauen	Anteil der Frauen
Region Potsdam	691	184	26,6 %
Region Cottbus	276	72	26,0 %
Region Frankfurt (Oder)	360	116	32,2 %
Stadt Cottbus	170	46	27,0 %
Stadt Frankfurt (Oder)	101	33	32,7 %
Stadt Potsdam	434	107	23,5 %
OLG* Brandenburg	62	7	11,3 %
Insgesamt	1.598	446	27,9 %

Quelle: BTU Cottbus in Zusammenarbeit mit der Rechtsanwaltskammer Brandenburg

\* OLG - Oberlandesgericht

**Tabelle 3: Selbstständige ArchitektInnen in Brandenburg im Jahr 1999**

Region	Anzahl insgesamt	davon Frauen	Anteil der Frauen
Region Cottbus	148	33	22,3 %
Region Frankfurt (Oder)	140	35	25,0 %
Region Potsdam	399	92	23,1 %
Stadt Cottbus	62	16	25,8 %
Stadt Frankfurt (Oder)	18	4	22,2 %
Stadt Potsdam	110	28	25,5 %
Brandenburg	687	160	23,3 %

Quelle: BTU Cottbus nach Angaben der Brandenburgischen Architektenkammer

**Tabelle 4: Steuerberater und -bevollmächtigte in Brandenburg im Jahr 1999**

Region	Anzahl insgesamt	davon Frauen	Anteil der Frauen
Stadt Cottbus	19	8	42,1 %
Stadt Frankfurt (Oder)	7	4	57,1 %
Stadt Potsdam	31	5	16,1 %
Brandenburg	547	203	37,1 %

Quelle: BTU Cottbus nach Angaben der Steuerberaterkammer des Landes Brandenburg

unterschiedlichen Zugang und Verbleib in den ausgewählten freiberuflichen Bereichen hin, hier sind ebenfalls weitere Forschungsarbeiten gefordert.  
*Alexandra Bläsche, Sabine Gensior, Karin Hildebrandt, BTU Cottbus*

### Bestellung

Die Expertise 'Arbeitsmarkt- und Qualifikationsentwicklung in modernen dienstleistenden Bereichen - ausgewählte ostdeutsche Beispiele im Vergleich' von Alexandra Bläsche, Sabine Gensior, Karin Hildebrandt, Lehrstuhl Wirtschafts- und Industrie soziologie, BTU Cottbus, 2002, kann gegen eine Schutzgebühr bestellt werden: Lehrstuhl Wirtschafts- und Industrie soziologie, BTU Cottbus, Postfach 10 13 44, 03013 Cottbus; Tel.: (03 55) 69-25 44, E-Mail: blaesche@tu-cottbus.de





## Arbeitsmarkt und Gender Mainstreaming -

Standortbestimmung, Erfahrungstransfer und Aktionsplan

**Auf Initiative der Referate 34 und 31 des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen (MASGF) fand am 21. Mai 2002 ein Workshop unter dem oben genannten Thema statt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MASGF, aus anderen Ministerien des Landes Brandenburg, der LASA Brandenburg GmbH und der BBJ Servis GmbH sowie Expertinnen aus anderen Bundesländern diskutierten über Realität und Entwicklungsnotwendigkeiten bei der Implementierung des Gender-Konzeptes in die EU-Strukturfondsförderung.**

Gender Mainstreaming auch als Kommunikationsprozess begreifen „Ich danke für die Einladung, aber ich muss zunächst herausfinden, ob ich auch noch für Gender zuständig bin“, so die freundliche Reaktion eines ‘Geladenen’. Und in der Tat werden angesichts drängender Arbeitsaufgaben alle Neuerungen in der Regel als zusätzliche Arbeit erlebt.

Ausgangspunkt für den inhaltlichen Ansatz des Workshops bildete auch aus diesem Grund das Interesse, auf der Grundlage bereits erarbeiteten Wissens über die entwicklungspolitische Vergangenheit des Gender-Mainstreaming-Begriffs und erster Erfahrungen bei der Umsetzung des Gender-Konzeptes, sehr handlungsorientiert zu diskutieren und die Ergebnisse in die unmittelbare Arbeit der ESF-Umsetzung einfließen zu lassen.

In diesem Kontext bietet auch die bevorstehende Halbzeitbewertung bezüg-

ling als Prozess der Verständigung angelegt. Das zeige sich in der Kontinuität des bisher geführten Gedankenaustausches, in der Identifikation von Schnittstellen, aber auch in der Offenlegung von Blockaden. Zum anderen bereicherten Expertinnen aus anderen Bundesländern wiederum den Erfahrungstransfer.

### Chancengleichheit - ein wirtschaftliches Erfordernis?

Gender Mainstreaming als politisches Konzept zu verstehen und anzuwenden, erfordert eine differenzierte Betrachtungsweise. Eingebunden in die europäische Beschäftigungsstrategie sei Gender Mainstreaming weder feministische Ideologie noch sozialpolitisches Almosen, sondern harte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, so Sabine Hübner.

Den Stand der Gender-Diskussion in Europa widerspiegelnd, sah auch Dr.

So hätten z. B. Analysen ergeben, dass dort, wo der Dienstleistungssektor stark ausgeprägt ist, in der Regel auch eine hohe Frauenerwerbsquote bestehe. Deshalb läge der Gedanke nahe, dass der Sprung in die Dienstleistungsgesellschaft nur dann geschafft werde, wenn die Frauenerwerbsquote erhöht wird und es gelingt, die Dienstleistungen, die bislang von Frauen ehrenamtlich oder privat erbracht wurden, gesamtgesellschaftlich, öffentlich oder privat finanziert zu organisieren.

### Abbau tradierter Geschlechterstereotypen notwendig

Die Vorstellung von gleicher Präsenz und Beteiligung beider Geschlechter in allen Sphären des öffentlichen und privaten Lebens verbindet sich nicht selten mit der Vorstellung, ‘Gender Equality’ als Angleichung der Frau an männliche Verhaltensmuster zu begreifen, das Konzept in ein vorhandenes - männlich geprägtes - Normensystem einzubinden. Die Diskussion im Workshop machte klar, dass Gender Mainstreaming zwar eine Strategie zur Gestaltung von Geschlechterpolitik ist, diese jedoch keineswegs von der politischen Debatte über die Art der Änderung des Geschlechterverhältnisses entlastet.

Da das Konzept auf eine Geschlechter- und nicht ausschließlich auf eine Frauenperspektive zielt, verbinde sich damit die Chance, so Dr. Anne Rösgen, geschlechterstereotype Zuweisungen und Verhalten zurückzudrängen. Beide tradierten Geschlechterrollen seien hinderlich für die neue Gesellschaft. Nicht selten nehmen Männer ihr Geschlecht nicht nur als Chance und Gewinn wahr. Auch sie würden an vielen Arbeitsplätzen mit Beschränkungen und Zuweisungen konfrontiert. Deutschland gehöre bezüglich der Geschlechterverhältnisse im europäischen Vergleich zu den konservativsten Staaten. Arbeitsmarktliche Mittel könnten einen Beitrag zu Geschlechtergerechtigkeit leisten, erforderlich sei jedoch ein grundlegender kultureller Wandel.



lich der Effizienz der Strukturfondsinterventionen einen unmittelbaren Anlass, die Adäquatheit der existierenden Instrumente zur Umsetzung des Gender Mainstreaming auf der programm- und projektbezogenen Ebene zu hinterfragen.

Mit der Veranstaltung bewiese das MASGF in doppelter Hinsicht Kontinuität, so Sabine Hübner, Leiterin der Abteilung ‘Arbeit’ im MASGF. Zum einen sei die Durchsetzung von Gender Mainstreaming

Anne Rösgen (proInnovation, Saarbrücken) handfeste wirtschaftliche Gründe, die das Konzept gerade jetzt ins Politikzentrum auf europäischer Ebene treten lassen. Die demografische Entwicklung, die geringe Erwerbstätigenquote oder die Entwicklungen des Dienstleistungssektors einerseits und die ehrgeizigen beschäftigungspolitischen Ziele andererseits setzten das Erfordernis, alle Potenziale und Reserven zu erschließen.

# Herausforderung für Politik und Verwaltung

## Arbeitsmarktpolitik als Gender-Vorreiterin

Trotz der Grenzen arbeitsmarktpolitischen Handelns besitzt gerade dieses Politikfeld Potenziale, Vorreiterin in Sachen Gender Mainstreaming zu sein. Mehr als in anderen Politikfeldern seien hier die Geschlechterfrage und das Gleichstellungsziel seit langem Thema und es seien bereits erforderliche geschlechtsspezifische Daten erhoben. Passgenaue individuelle Unterstützungskonzepte entwickelten sich zunehmend, so Marianne Weg, Expertin für Arbeitsmarkt und Gender Mainstreaming. Grundsätzlich, und in vielen Bereichen auch zutreffend, werde pro Gender Mainstreaming argumentiert, dass beide Geschlechter gewinnen ('win-win' statt Geschlechterkampf).

Wenn das stimme, dann wäre die Durchsetzung von Chancengleichheit nur noch eine Frage von Information und Wissen. Oft verbinde sich jedoch Geschlechtergerechtigkeit in den arbeitsmarktlichen Programmen mit einer fairen Verteilung des Mangels. Aus ihrer Sicht gäbe es deshalb auch keine sich mit Gender Mainstreaming verbindenden Zielkonflikte arbeitsmarktlichen Handelns, sondern eher Verteilungskonflikte.

## Das Rad nicht neu erfinden - Erfahrungen nutzen

Sowohl die Diskussionsbeiträge als auch die vielfältigen Arbeitsmaterialien des Workshops untermauerten, dass bereits diverse Leitfäden und Checklisten entwickelt wurden, aus denen sich Anregungen für passende Lösungen ableiten lassen. Aus der unmittelbar praktischen Perspektive beschrieb Sabine Lauterbach von der ESF-Fondsverwaltung in Berlin, wie in der Berliner Arbeitsmarktpolitik den neuen Anforderungen des Gender-Ansatzes in der Strukturfondsförderung entsprochen wird. Sie hob z. B. das so genannte Scoringverfahren als eine Methode hervor, mit der die Einbeziehung der Querschnittsthemen und der Grad der Zielerreichung gemessen werden könne. Sie verwies in diesem Zusammenhang auch auf die Verantwortung der Bewilligungsbehörden, bei der 'Gender-Beratung' der Projektträger aktiv mitzuwirken.

Auch Dr. Volker Offermann (MASGF) als Verantwortlicher für die verwaltungsmäßige Umsetzung des Landesprogramms 'Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg' bekräftigte die Notwendig-

keit, das Schaffen von Geschlechtergerechtigkeit integrativ zu sehen, die Vielschichtigkeit zu begreifen und nicht nur auf Frauenförderung zu reduzieren. Es sei eine Herausforderung für die Verwaltung, dieses integrative Moment in entsprechende Förderprogramme und Steuerungsinstrumente umzusetzen. Wichtig sei nicht nur der Gender-Ansatz in der Programmplanung, sondern ebenso ein entsprechendes Controlling.

In seiner 'Standortbestimmung' analysierte er, dass sich, abgesehen von der Generalklausel „das Gender-Mainstreaming-Prinzip ist anzuwenden ...“, das Spektrum der Steuerungsintensität sehr vielschichtig gestalte. Es reiche vom Verzicht auf gezielte Steuerung, über Quotierung und Fördersatzdifferenzierung bis hin zu spezifischen Maßnahmen der Frauenförderung. Vieles habe sich bewährt, einiges ist in seiner Wirksamkeit für die Zielerreichung zu überdenken.



Berti Wahl (LASA) untersuchte anhand der 'Verzahnungsförderung' und einer INNOPUNKT-Kampagne sehr konkret, in welchem Grade es gelungen sei, das Gender-Konzept sowohl in der Planung als auch in der praktischen Realisierung der Projekte umzusetzen.

Die nach den Inputs geführte Diskussion in den Arbeitsgruppen stellte ebenfalls die spezifischen Förderschwerpunkte des LAPROs in den Mittelpunkt. Dabei bildeten die Aktionsbereiche 'Förderung der beruflichen Ausbildung', 'Integration - Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren' sowie die 'Präventionsstrategie und die Förderung des Unternehmergeistes' den Rahmen des Gedankenaustausches. Bezogen auf die jeweiligen Arbeitsschwerpunkte wurden z. B. Fragen

der Gender-Zielsetzung und ihre analytischen Voraussetzungen erörtert, die Adäquatheit von Indikatoren diskutiert sowie herausgearbeitet, welche konkreten Handlungserfordernisse für die weitere Arbeit gesehen werden.

## Schlussfolgerungen - aber kein Ende

Christel Langhoff und Thomas Suchan (MASGF) fassten im anschließenden Plenum die erarbeiteten Vorschläge zu einem Arbeitsplan für die nächsten 'Gender-Schritte' zusammen. Einigkeit bestand darin, Qualifizierung als Prozess zu begreifen, der alle Bereiche erfassen muss. Gender-Sensibilität ist Voraussetzung für ein qualifiziertes Beurteilungsvermögen der geschlechterspezifischen Auswirkungen politischer Maßnahmen sowie ihrer öffentlichkeitswirksamen Darstellung. Auf der Grundlage vertiefter Analysen wird die Indikatorendiskussion fortgeführt. Arbeitsspezifische Checklisten sind als Steuerungsinstrument zu erarbeiten, bereichsübergreifend zu diskutieren und abzustimmen. Hier kann die Arbeitsgruppe LAPRO Initiatorin sein.

Die Diskussion im Plenum und in den Arbeitsgruppen machte deutlich, dass die Durchsetzung von Gender Mainstreaming nicht zum Nulltarif zu haben sein wird. Eine breite Beteiligung der Akteure erfordere Zeitressourcen. Doch sollte keine Zeit verschenkt werden, so die ModeratorInnen. Jede und jeder könne in seinem Bereich anfangen bzw. begonnene Arbeit fortführen.

Leider ist an dieser Stelle wenig Platz, um die Vielfalt der auf dem Workshop gegebenen Anregungen nachzuzeichnen. Wir verweisen deshalb auf die Dokumentation des Workshops, die demnächst erscheinen wird.

Dr. Karin Rau

Infos  
ESF-Technische Hilfe bei der BBJ Servis GmbH Potsdam, Benzstraße 11/12, 14482 Potsdam; Dr. Karin Rau, Tel.: (03 31) 7 47 71-30, Fax: -40, E-Mail: rau@bbj.de

## Trendwende in der Arbeitsmarktpolitik

Neue Herausforderungen für Politik und Institutionen

**Im Schöneberger Rathaus diskutierten am 6. und 7. Juni 2002 etwa 250 Vertreterinnen aus Institutionen der Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Trägern der Beschäftigungsförderung über aktuelle Probleme der Arbeitsmarktpolitik. Veranstalterin der Tagung war die Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung.**

In der Eröffnungsveranstaltung wurde zunächst in die gegenwärtige Diskussion eingeführt. Die Systeme der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sind in die Kritik geraten. Häufig wird argumentiert, dass die Dominanz der passiven Leistungen vor allem bei gering Qualifizierten die Arbeitsmotivation herabsetzt. Die aktivierenden Elemente sollen daher verstärkt werden. Auch die Parallelität zweier Systeme für Menschen in ähnlichen Lebenssituationen wird kritisiert, da 'Verschiebepunkte' zwischen Arbeitslosen- und Sozialhilfe wahrgenommen werden. Zunehmend wird daher über eine Vereinheitlichung der Unterstützungsleistungen diskutiert.

Nach Ansicht von Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, sind Ansätze wie die Einführung eines Niedriglohnssektors oder die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe nicht geeignet, die Massenarbeitslosigkeit abzubauen. Arbeitsfähige Leistungsempfänger sollen ihre Arbeitskraft einsetzen, um zur Sicherung des Gemeinwohls beizutragen. Allerdings solle dies nicht über den Ausbau eines deregulierten Niedriglohnssektors geschehen, sondern auf dem Wege des Ausbaus gesellschaftlich notwendiger, aber nicht über den Markt finanzierbarer Tätigkeiten, z. B. im Bereich sozialer und kultureller Dienstleistungen. In sieben Foren, von denen wir hier drei ausführlicher darstellen, wurden spezialisierte Diskussionen geführt.

### Arbeits- und Sozialämter im Wandel

In der Diskussion um die Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe stehen zwei Alternativen zur Auswahl: einerseits die Beibehaltung des bestehenden Systems der Arbeitslosen- und Sozialhilfe mit der Zielsetzung der besseren Kooperation beider Ämter und andererseits die Zusammenfassung beider Systeme zu einer integrierten Leistung.

Die Zusammenarbeit der Arbeits- und Sozialämter war bereits in der Koalitionsvereinbarung der amtierenden Bundesregierung vorgesehen und wurde durch Modellversuche im Rahmen des MoZArT-Programms (Modellvorhaben

zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Arbeitsämtern und Trägern der Sozialhilfe) umgesetzt. Nach Ansicht von Dr. Bernd Buchheit, Ministerialdirektor im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, ist die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer neuen, staatlich finanzierten Fürsorgeleistung notwendig.

Kritik an der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe übte Axel Gerntke vom Bundesvorstand der IG Metall. Er wies auf begründete Unterschiede in der Konstruktion beider Systeme hin. Bei der Arbeitslosenhilfe sei vorher geleistete Erwerbsarbeit Zugangsvoraussetzung und die Leistung sei am früheren Einkommen orientiert, in der Sozialhilfe hingegen sei das Ziel die Armutvermeidung. Die Annäherung der Systeme sei die Folge von Einschnitten in den Leistungsstandards der Arbeitslosenhilfe. Die derzeitige Diskussion lege den Verdacht nahe, dass Einsparungen in der Leistungsgewährung und nicht der Erhalt erworbener Ansprüche der Sozialversicherten im Vordergrund stünden.

Das MoZArT-Programm hat das Ziel, die Vermittlung und Eingliederung von erwerbsfähigen Hilfeempfängern durch eine engere Zusammenarbeit von Arbeits- und Sozialämtern zu verbessern und die Verwaltungsverfahren zu vereinfachen. Als Praxisbeispiele wurde die Jobbörse in Pirmasens vorgestellt. Ein ähnliches Kooperationsprojekt führt das Sozialamt Pankow mit dem Arbeitsamt Berlin Nord durch.

### Aufschwung durch Niedriglohn

Kombilohnmodelle wie z. B. das Mainzer Modell stehen derzeit in der arbeitsmarktpolitischen Diskussion unter Kritik. Ziel des Mainzer Modells ist es, Anreize zur Arbeitsaufnahme zu schaffen, indem Niedriglöhne aufgestockt werden. Der Zuschuss zum Sozialversicherungsbeitrag wird dabei direkt an den Arbeitnehmer gezahlt. Dr. Hilmar Schneider, Forschungsinstitut Zukunft der Arbeit, übte Kritik an Kombilohnmodellen. Das soziale Sicherungssystem schaffe, indem es implizite Mindestlöhne setze, zu wenig Anreize zur Aufnahme von Beschäf-

tigung für gering Qualifizierte. Kombilöhne seien nur eine Kompensation dieser strukturellen Fehlanreize.

Ursula Klingmüller vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg berichtete über die Erprobung des Mainzer Modells in Eberswalde und Neuruppin, die im Ergebnis relativ unbefriedigend war. Nach Ansicht von Ursula Klingmüller ist in Brandenburg, wo schon die Löhne auf dem ersten Arbeitsmarkt sehr niedrig sind, die Ausweitung des Niedriglohnssektors über staatliche Anreize fragwürdig.

### Grundpositionen in der arbeitsmarktpolitischen Diskussion

In der Abschlussdiskussion wurden an einzelnen Debattenbeiträgen noch einmal Grundpositionen in der arbeitsmarktpolitischen Diskussion deutlich. Martin Werding fasste die Studie des IFO-Institutes zur aktivierenden Sozialhilfe zusammen. Die Absenkung der Sozialhilfe für erwerbsfähige Leistungsempfänger, die nicht arbeiten wollten, sei ein Mittel, die Beschäftigung im Niedriglohnbereich anzukurbeln. Silke Lautenschläger, Staatsministerin im Hessischen Sozialministerium, stellte den hessischen Ansatz einer Zusammenfassung von Arbeitslosen- und Sozialhilfegewährung in einem Jobcenter vor.

Kontrapunkte setzte Prof. Dr. Peter Grottian, Politikwissenschaftler an der FU Berlin. Er bezeichnete die derzeitige sozialpolitische Debatte um einen Umbau der sozialen Sicherungssysteme als einen 'Kampf auf Nebenkriegsschauplätzen', die vom Politikversagen auf dem Feld der Arbeitsmarktpolitik ablenke. Nötig sei eine Revitalisierung des Streits über die Arbeitsmarktpolitik, dabei müssten auch Diskussionslinien wie soziale Grundsicherung, Abbau von Überstunden und öffentlich geförderte Beschäftigung im Dritten Sektor mit einbezogen werden. *Stefanie Tragl*

### Infos

ESF-Technische Hilfe bei der BBJ Servis GmbH Potsdam; Benzstraße 11/12, 14482 Potsdam; Tel.: (03 31) 7 47 71-0, Fax: -40, E-Mail: bbjpotdam@bbj.de



## Gut, dass Sie gewartet haben:

Die ESF-Homepage ist da - [www.esf-brandenburg.de](http://www.esf-brandenburg.de)

Wenn diese Ausgabe von BRANDaktuell ihre Leser erreicht, haben sicher einige von Ihnen schon die neue Website unter der Adresse [www.esf-brandenburg.de](http://www.esf-brandenburg.de) besucht. Bereits am 30. Juni 2002 ist eine Homepage an den Start gegangen, mit deren Hilfe sich InternetnutzerInnen gezielt über Neuigkeiten und Wissenswertes rund um das Thema 'Einsatz des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Land Brandenburg' informieren können.

Die Internetpräsenz entstand im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg (MASGF), um die öffentlichkeitswirksame Darstellung der Umsetzung des Europäischen Sozialfonds (ESF) zu optimieren. Damit wird auch der Verordnung (EG) Nr. 1159/2000 der Kommission „über die zu treffenden Informations- und Publizitätsmaßnahmen für die Interventionen der Strukturfonds“ Rechnung getragen, die darauf abzielt, die Aktionen der Europäischen Union besser bekannt zu machen, ihre Transparenz zu erhöhen und eine einheitliche Vorstellung über den ESF, den Mitteleinsatz und seine Wirkungen im Land Brandenburg zu vermitteln.

Domaineigenerin und Betreiberin von [www.esf-brandenburg.de](http://www.esf-brandenburg.de) ist die ESF-Technische Hilfe bei der BBJ Servis GmbH Potsdam.

Die Website kann die von der Landesregierung im Jahr 2000 begonnene Informationsoffensive ergänzen, mit der die Entwicklung der europäischen Politik, besonders im Hinblick auf die EU-Osterweiterung, begleitet wird.

Sie richtet sich mit ihrem Angebot aber nicht nur an ESF-Insider, sondern auch an die breite Öffentlichkeit: Die Bürger in unserem Land sollen mehr über den ESF erfahren. Neben umfangreichen Informationen erhalten die BesucherInnen der Seiten vielfach Gelegenheit zur Kontaktaufnahme, einerseits des wichtigen Feedbacks wegen, andererseits, um vielleicht weiterhelfen zu können.

### Informationen rund um den ESF

Folgende Informationen werden bereitgestellt (eine Auswahl):

- > ESF-Aktuell stellt eine Übersicht zu den Top-News der gesamten Website, Ausschreibungen sowie Links, die

ESF-bezogene Themen oder regionale Aktivitäten unter besonderer Beachtung der Querschnittsthemen 'Qualität der Arbeit', 'Gender Mainstreaming', 'Regionalisierung' und 'Nachhaltigkeit' aufgreifen, bereit. ESF-Aktuell wird vervollständigt durch ergänzende Infos und eine Veranstaltungsübersicht.

- > ESF im Land bietet Grundlagenwissen an, benennt AnsprechpartnerInnen und greift unter der Rubrik 'Förderprogramme' u. a. die Themen 'Programmplanung' oder auch das Prinzip der Partnerschaft erläuternd auf.
- > Bei den Erfahrungen werden erfolgreiche europäische Projektbeispiele und Studien, die die ESF-Förderungen wissenschaftlich begleiten, genannt. In Vorbereitung befindet sich der Schwerpunkt 'Qualitätssicherung'.
- > Die ESF-Bibliothek bietet neben den wichtigsten relevanten europäischen Dokumenten bis zum OP des Landes Brandenburg für den Förderzeitraum 2000-2006 ein fortlaufend zu ergänzendes Glossar an.

### Weitere Angebote

Der Service-Bereich, die Volltextsuche sowie das Impressum runden das Angebot ab. Die für alle Seiten einheitliche Navigation und die selbsterklärende Sitemap - das 'Organigramm der Website' sorgen für eine schnelle Orientierung. Durch viele nützliche Hyperlinks gelangen die NutzerInnen zu weiteren Angeboten, z. B. der Landesregierung, der LASA Brandenburg GmbH und der Europäischen Kommission.

### Ein eigenes ESF-Logo für das Land Brandenburg

Das funkelneulene ESF-Logo des Landes Brandenburg, gestaltet von Gerald

Bornschein, Diplom-Designer aus Luckenwalde, wird auf der Website erstmals publiziert.

Gerald Bornschein beschreibt die Gestaltung des ESF-Logos wie folgt: „Nach mehreren Entwürfen mit verschiedenen Anordnungen und zahlreichen Schriftarten wurde in kontroversen Diskussionen die Grundkonzeption mit den 'menschlichen' drei Buchstaben favorisiert.“

Damit soll versinnbildlicht werden, dass der ESF der Strukturfonds der Europäischen Union ist, dessen Mittel Menschen zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze, zur Verbesserung ihrer beruflichen Qualifikation oder zu ihrer Eingliederung in das Erwerbsleben zugute kommen.

Von nun an wird dieses Logo die Öffentlichkeitsarbeit zum Thema 'ESF im Land Brandenburg' begleiten und steht demnächst Interessierten in verschiedenen Varianten im Service-Bereich zum Download zur Verfügung.

Teilweise befindet sich die Website noch im Aufbau. Wichtige Angebote wie das FORUM zur Diskussion aktueller Probleme der Arbeitsmarktpolitik des Landes Brandenburg oder der Schwerpunkt 'Qualitätssicherung' sind vorübergehend noch nicht aktiv.

Über den Erfolg einer Website entscheidet nicht zuletzt die Platzierung in den wichtigsten Suchmaschinen. In den täglichen Top 50 von 'Google' oder 'Lycos' werden wir nicht unbedingt gelistet sein, aber Suchanfragen zum Stichwort 'ESF' wird diese Website auf jeden Fall immer positiv bedienen.

*Christiane Schick*

### Infos

BBJ Servis GmbH Potsdam, Benzstr. 11/12, 14482 Potsdam; Christiane Schick, Tel.: (03 31) 7 47 71 -46, Fax: -40  
E-Mail: [schick@bbj.de](mailto:schick@bbj.de)






Europäischer Sozialfonds  
im Land Brandenburg

[Home](#)
[Mail](#)
[Sitemap](#)
[Suche](#)
[Impressum](#)

ESF-Aktuell

ESF im Land

Erfahrungen

ESF-Bibliothek

ESF-Forum

Service

Brandenburg des Europäischen Sozialfonds bei der BBJ Servis GmbH Potsdam

## Alle wollen es - doch wie kann es konkretisiert werden?

Instrumente und Methoden zur Umsetzung des GM-Prinzips in Strukturfondsprojekten

**Wie in unserem Gender-Mainstreaming-Special angekündigt, wollen wir auch weiterhin diese Thematik aufgreifen. In dieser Nummer berichten wir über ein Gender-Mainstreaming-Training, an dem 'Strukturfondsverantwortliche' des Landes Brandenburg teilnahmen. Der Workshop ist Bestandteil einer Seminarreihe, in der Strukturfondsverantwortliche und EU-Projektträger aus allen Bundesländern geschult werden, damit Gender Mainstreaming (GM) nach den Vorgaben der EU in der Projektpraxis umgesetzt werden kann.**

### Projektzyklen und Beispielfragen

#### Zielformulierung

- Sind Oberziele geschlechtsspezifisch formuliert?
- Fließen bei der Zielformulierung geschlechterpolitische Erfahrungen aus der Vergangenheit mit ein?

#### Analyse

- Welche geschlechtsspezifischen Disparitäten gibt es bei den Zielgruppen?
- Welche (praktischen und strategischen) Gender-Interessen können bestehen?
- Welche Träger können zur Zielerreichung beitragen? Warum? Sind geschlechtsspezifische Wirkungen vorauszusehen? Welche?

#### Planung

- Sind geschlechterpolitische Zielsetzungen enthalten?
- Sind daneben Einzelziele geschlechtsspezifisch formuliert?
- Sind Indikatoren geschlechtssensibel formuliert?

#### Umsetzung/Monitoring

- Wird die (geschlechtssensible) Planung auch tatsächlich umgesetzt?
- Muss evtl. nachgeplant werden?

#### Evaluierung

- Welche tatsächlichen geschlechtsspezifischen Wirkungen im Sinne der Zielformulierung sind festzustellen?

#### Anpassung

- Ist sichergestellt, dass die Erkenntnisse aus dem bisherigen GM-Prozess in die nächste Programm-/Projektplanung mit einfließen?

(Quelle: Workshop-Informationsmaterial)

#### Infos

Weitere Informationen, Termine und Anmeldeformulare sind im Internet verfügbar unter: [www.spisg.com/gender](http://www.spisg.com/gender)

Hintergrund der Workshopreihe, die die SPI ServiceGesellschaft mbH im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchführt, ist die Forderung der EU, mit Beginn der laufenden Strukturfondsperiode 2000 bis 2006 das GM-Prinzip umzusetzen. Konkret bedeutet dies, dass die spezifischen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vorneherein und selbstverständlich bei der Planung, Umsetzung und Auswertung aller Pro-

Thema Gender Mainstreaming ist und welche vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten bei der Praxisumsetzung zu berücksichtigen sind.

#### Instrumente und Methodik

Ein Schwerpunkt des Seminars bildete deshalb das Training von verschiedenen methodischen Verfahren, wie die schwedische 3R-Methode und die österreichische GeM-Toolbox. Um diese Instrumentarien allerdings effektiv anwenden



Aufmerksame SeminarteilnehmerInnen

jekte und Maßnahmen berücksichtigt werden müssen.

Soweit die Theorie - doch wie soll und kann das in der Projektpraxis aussehen bzw. welche Vorgaben müssen die Verantwortlichen geben, damit eine Umsetzung erfolgen kann? Darauf Antworten zu finden, war das Anliegen der 15 TeilnehmerInnen.

Die MitarbeiterInnen aus Ministerien, Landesarbeitsamt und Servicegesellschaften, die in ihrer täglichen Arbeit mit der Konzeption und Umsetzung von Strukturfondsprogrammen im Land Brandenburg - meistens mit dem ESF - befasst sind, erhofften sich durch den Workshop konkrete Hilfestellungen. Nicht einfach - denn die heterogenen Arbeitszusammenhänge der TeilnehmerInnen machten von Beginn an deutlich, wie komplex das

zu können, ist es hilfreich, bei der Konzeption der Projekte, sie in einzelne Zyklen aufzuteilen (s. linke Spalte). Danach wurde anhand von Beispielrichtlinien, wie Arbeitsschutz, versucht, die Methoden praxisnah zu konkretisieren.

Dabei zeigte sich, dass es eines erhöhten Aufwandes bedarf, um GM-gerechte Kriterien aufzustellen und auch zu kontrollieren - und das bei dem ohnehin schon hohen bürokratischen Aufwand für EU-Projekte.

Gleichzeitig, so ein weiteres Ergebnis, muss die bisher angewandte GM-Erfassung in den Projekten um weitere statistische Daten ergänzt werden, die spezifischere geschlechtsbezogene Verfahren erst ermöglichen. Doch damit ist wahrscheinlich erst in der nächsten Strukturfondsperiode zu rechnen. (em)

## Von der Sensibilisierung zur Technik

Interview mit Daniel Orellana, GM-Trainer



„Die Inhalte bei den GM-Trainings haben sich verschoben: Es steigt die Nachfrage nach ‘Gender-Methoden’, während die Sensibilisierung und Selbsterfahrung, die am Anfang dominierte, in den Hintergrund tritt“, so die Bilanz von Daniel Orellana, der seit 1994 als Gender-Trainer tätig ist. Er ist wie auch die anderen TrainerInnen des Workshops in dem bundesweiten Netzwerk ‘Gender Training’ organisiert. BRANDaktuell hat ihn nach seinen Erfahrungen und den Veränderungen bei den Gender-Trainings sowie nach den Besonderheiten in den Strukturfondsworkshops befragt (s. vorhergehende Seite).

- Herr Orellana, Sie sind seit längerem als GM-Trainer tätig. Welche Erfahrungen haben Sie bisher gemacht und gibt es Änderungen, seitdem das Thema an Bedeutung gewinnt?

Am Anfang, d. h. Mitte der 90er Jahre, stand vor allem das Einüben des anderen Blicks im Vordergrund. Wir haben viel mit Rollenspielen gearbeitet, um die TeilnehmerInnen mit den Stereotypen zu konfrontieren und sie für das Thema zu sensibilisieren. Dabei ließ sich eine Tendenz feststellen: Frauen hatten im Allgemeinen den Wunsch, dass die Männer besser zuhören sollten, während sich die Männer wünschten, dass die Frauen entschiedener auftreten sollten.

Doch in dem Maße, wie Personen zu uns kommen, die berufsbedingt mit dem Thema zu tun haben, tritt dieser Aspekt in den Hintergrund. Mit der Veränderung des Teilnehmerkreises steigt die Nachfrage nach der Vermittlung von Methoden, Techniken und Instrumenten.

Die Verknüpfung mit der eigenen Lebenserfahrung wird immer weniger gewünscht. Da wir Gender-Trainer sie aber für sinnvoll halten, bauen wir sie weiterhin als eins von fünf inhaltlichen Modulen in die Workshops mit ein. Damit die Reflektion auf die Selbsterfahrung für beide Geschlechter möglich ist, führen wir die Seminare generell mit einer Trainerin und einem Trainer durch.

- Und welche besonderen Spezifika müssen Sie nun bei den Strukturfondsworkshops beachten?
- Ein ganz wichtiger Aspekt ist der, dass es sich nicht nur um einen Strukturfonds handelt, sondern um drei: den Europäischen Sozialfonds (ESF), den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Europäischen Ausrichtung- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL). Die Umsetzung des GM-Prinzips ist in den drei Fonds unter-

schiedlich weit fortgeschritten. Dementsprechend divergieren auch die Kenntnisse der TeilnehmerInnen, je nachdem mit welchem Fonds sie sich beruflich befassen. So ist vielfach der Personenkreis, der sich mit dem ESF beschäftigt, bereits sensibilisierter als die Personen, die sich mit dem EAGFL befassen.

Generell gilt, dass das Interesse an Methoden und Werkzeugen sehr groß ist. Dabei sollten die Instrumentarien nicht zu aufwändig und kleinteilig sein, denn sie sollen handhabbar bleiben.

- Die Strukturfondsseminare sind in zwei Kategorien aufgeteilt, einmal für die Strukturfondsverantwortlichen und einmal für die Projektakteure. Welche Schwerpunkte setzen Sie jeweils?

Bei den Verantwortlichen legen wir mehr Wert auf die Länderspezifika, die konzeptionelle Programmebene und die allgemeine Technikvermittlung. Außerdem trainieren wir, welche generellen Werkzeuge und Instrumente stehen zur Verfügung und wie können sie praxisnah genutzt werden.

Bei den Projektakteuren gehen wir mehr auf die konkreten Projektbeispiele ein. In der Regel erfolgt anhand von ein oder zwei Projekten die Problemanalyse und die GM-Beratung.

- Die Workshops wenden sich an Akteure aus allen Bundesländern. Haben Sie regionale Unterschiede bei dem Teilnehmerkreis festgestellt?
- Nicht beim Umgang mit der Thematik, aber im Umgang untereinander fällt ein Ost-West-Unterschied auf. Die Atmosphäre bei den bisherigen ‘Ost-Seminaren’ war gelöster und entspannter. Und auch in den Pausen ist in den Gängen mehr los, es wird häufiger diskutiert. Die ‘West-TeilnehmerInnen’ sind dagegen meistens mehr für sich allein. (em)

### BIJ wird 2002/2003 fortgesetzt

Für die Fortführung des Landesprogramms ‘Berufsbezogener Internationaler Jugendaustausch (BIJ)’ stellt das MASGF für 2002/2003 aus Lottomitteln insgesamt 500.000 Euro zur Verfügung. Gefördert werden berufsbezogene internationale Austauschprojekte für Jugendliche des Landes Brandenburg sowie die Programmumsetzung.

#### Förderfähige Maßnahmen

1. Mehrwöchige berufsbezogene internationale Austauschprojekte für Auszubildende im Rahmen ihrer beruflichen Erstausbildung: Die Förderung richtet sich an Jugendliche bis zu einem Alter von 27 Jahren in betrieblicher, außerbetrieblicher und schulisch basierter Erstausbildung sowie auch in berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen.
2. Mehrmonatige internationale Arbeits- und Betriebspraktika für junge Menschen bis zu einem Alter von 27 Jahren, die ihre Erstausbildung bereits abgeschlossen haben, arbeitslos oder in Qualifizierung sind.
3. Austausch von Fachkräften und Akteuren der Berufsausbildung, Qualifizierung, Berufsberatung und Arbeitsmarktpolitik.

#### Kofinanzierung

Eine Kofinanzierung von Projekten, die im Rahmen einschlägiger EU-Programme finanzielle Zuwendungen erhalten, ist möglich. Zu diesen EU-Programmen gehören beispielsweise LEONARDO DA VINCI (II) und SOKRATES (II).

#### Antragberechtigte

Antragsberechtigt sind: freie und öffentliche Träger der Jugendhilfe, Träger beruflicher Erstausbildung und Qualifizierung, Unternehmen und Einrichtungen des privaten und öffentlichen Rechts und natürliche Personen.

#### Förderanträge

Die Anträge sind zu stellen an: BBJ Servis GmbH Potsdam, Benzstraße 11-12, 14482 Potsdam

#### Ansprechpartnerin

Anke Stach, Tel.: (03 31) 7 47 71-36, Fax: -40, E-Mail: stach@bbj.de

#### Infos/Antragsformulare

Im Internet unter: [www.bbj.de/potsdam/bij](http://www.bbj.de/potsdam/bij)

Andrea Schütze, MASGF



## SOFIA - Sonderprogramm für schwerbehinderte Frauen

SOFIA soll Hemmschwelle bei Arbeitgebern senken, Schwerbehinderte einzustellen

**Die Förderung ist ein Bonbon für Brandenburger Arbeitgeber: Stellen sie eine förderungsbedürftige, schwerbehinderte Frau für ein mindestens sechs Monate andauerndes Beschäftigungsverhältnis ein, erhalten sie 100 Prozent des tariflichen bzw. ortsüblichen Arbeitsentgelts einschließlich des Arbeitgeberanteils am Gesamtsozialversicherungsbeitrag. Eine Weiterbeschäftigungspflicht besteht nicht.**

Bewusst niedrigschwelliges Angebot an Arbeitgeber gewählt „Wir haben uns ganz bewusst für dieses Sonderprogramm entschieden“, erklärt Andrea Falckenhayn vom Brandenburger Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen. In Gesprächen mit Arbeitgebern habe sie immer wieder festgestellt, dass es eine besondere Hemmschwelle gibt, schwerbehinderte Frauen einzustellen, so Falckenhayn. Mit der 100-Prozent-Förderung ohne weitere



Es gibt viele Berufsfelder, in denen Schwerbehinderte voll leistungsfähig sind

Verpflichtung wollen Land und Landesarbeitsamt diese Hemmschwelle überwinden.

Hintergrund für das Sonderprogramm ist die Zielsetzung der Bundesregierung, bis Oktober 2002 50.000 Schwerbehinderte in Arbeit zu bringen. Um zu diesem Ziel beizutragen, will Brandenburg verstärkt die Arbeitgeber überzeugen, Schwerbehinderte einzustellen.

### Wettbewerbsnachteile schwerbehinderter Frauen ausgleichen

„Schwerbehinderte Frauen haben es besonders nötig, dass ihre Wettbewerbsnachteile auf dem Arbeitsmarkt ausgeglichen werden“, sagt Falckenhayn.

Zudem fordere gerade das SGB III, Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung zur Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen zu nutzen, um Nachteile auszugleichen, erklärt Klaus Pohl, Sprecher des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg.

### Arbeitgeber von der Leistungsfähigkeit überzeugen

Über SOFIA haben schwerbehinderte Frauen die Chance, zusätzliche Berufserfahrungen zu sammeln und ihre Vermittlungsaussichten auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Langzeitarbeitslosigkeit mit einhergehenden Qualifikationsverlusten soll vorgebeugt werden. Gleichzeitig können sie ihre ArbeitgeberInnen von ihrer Leistungsfähigkeit überzeugen.

Umgekehrt können sich ArbeitgeberInnen, die bisher noch keine schwerbehinderten Menschen beschäftigen, über SOFIA ohne weitere Verpflichtungen von der Leistungsfähigkeit ihrer schwerbehinderten Mitarbeiterin überzeugen, was sich positiv auf ihr weiteres Einstellungsverhalten auswirken könnte.

Finanziert wird das Sonderprogramm zu 80 Prozent aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit und zu 20 Prozent aus Mitteln der Ausgleichsabgabe des Landes Brandenburg. Von Mai bis Juni 2002 konnten über SOFIA 51 schwerbehinderte Frauen in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis eingegliedert werden.

(jac)

### Was Sie wissen sollten - Kurzinformationen zu SOFIA

SOFIA - das heißt 'Sonderprogramm für schwerbehinderte Frauen zur Integration in den Arbeitsmarkt'

#### Fördervoraussetzungen

- > SOFIA fördert 100 Prozent des tariflichen bzw. ortsüblichen Arbeitsentgelts einschließlich des Arbeitgeberanteils am Gesamtsozialversicherungsbeitrag;
- > Voraussetzung ist eine Wochenarbeitszeit von mindestens 15 Stunden;
- > förderfähig sind auch befristete Arbeitsverhältnisse, sofern diese mindestens sechs Monate andauern;
- > die Förderdauer beträgt mindestens vier Monate und darf sechs Monate nicht überschreiten. Bei der Entscheidung über die Dauer wird die Erfüllung bzw. Nichterfüllung der Beschäftigungspflicht berücksichtigt. (Arbeitgeber mit mind. 20 Arbeitsplätzen haben auf mind. 5 Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen. Ansonsten müssen sie eine Ausgleichsabgabe zahlen.)

#### Arbeitgeber

- > Eine Förderung erhalten können Arbeitgeber mit Betriebssitz im Land Brandenburg, die
- > förderungsbedürftige, schwerbehinderte Frauen für ein mindestens sechs Monate andauerndes Beschäftigungsverhältnis einstellen.

#### Frauen

- > Gefördert werden schwerbehinderte Frauen, die ihren Wohnsitz im Land Brandenburg haben und
- > die ohne Leistungen nicht oder nicht dauerhaft in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden können.

#### Programmlaufzeit

1. Mai 2002 bis 31. Dezember 2002.

#### Gesetzliche Grundlage

SOFIA wird gemeinsam vom Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg und dem Land Brandenburg umgesetzt.

#### Informationen/Antragstellung

Auskünfte zu SOFIA geben die Arbeitsämter, die auch die Förderanträge entgegennehmen.

## WAS? WANN? WO?

### 19. - 20. September, Köln

Führung heute - ein Check-up für Führungskräfte; 500 Euro zzgl. MwSt.; BFS Service GmbH, Wörthestr. 15-17, 50668 Köln; Tel.: (02 21) 9 73 56 16-0, Fax: -4, E-Mail: BFS-SERVICE@sozialbank.de

### 23. September, Berlin

Soziale Organisationen im Internet - Chancen und Risiken einer strategischen Entscheidung; Gebühr: 250 Euro zzgl. MwSt.; BFS Service GmbH, Wörthestr. 15-17, 50668 Köln; Tel.: (02 21) 9 73 56 16-0, Fax: -4, E-Mail: BFS-SERVICE@sozialbank.de

### 24. September, Berlin

Wertegeleitete Organisationsentwicklung für soziale Träger und Verbände - nur wer sich ändert, bleibt sich treu; Gebühr: 250 Euro zzgl. MwSt.; BFS Service GmbH, Wörthestr. 15-17, 50668 Köln; Tel.: (02 21) 9 73 56 16-0, Fax: -4, E-Mail: BFS-SERVICE@sozialbank.de

### 25. September, Berlin

Die Zukunft im Visier - Einführung in das strategische Controlling; Gebühr: 250 Euro zzgl. MwSt.; BFS Service GmbH, Wörthestr. 15-17, 50668 Köln; Tel.: (02 21) 9 73 56 16-0, Fax: -4, E-Mail: BFS-SERVICE@sozialbank.de

### 7. Oktober, Berlin

Allgemeine Einführung in das Arbeitsrecht; *Anmeldung bis drei Wochen vor Beginn (16.9.)*; Gebühr: 60 Euro; Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg e. V., Paulsenstr. 55-56, 12163 Berlin; Tel.: (0 30) 8 20 97-0, Fax: -3 78, E-Mail: Info-Fb@Diakoniebb.de, Internet: www.dwbb.de

### 15. Oktober, Berlin

Jahresabschlussanalyse und Entwicklungen im Steuerrecht (Beispiel anhand von Krankenhäusern und Seniorenheimen); *Anmeldung bis drei Wochen vor Beginn (24.9.)*; Gebühr: 5 Euro; Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg e. V., Paulsenstr. 55-56, 12163 Berlin; Tel.: (0 30) 8 20 97-0, Fax: -3 78, E-Mail: Info-Fb@Diakoniebb.de, Internet: www.dwbb.de

### 15. - 16. Oktober, Berlin

Verwaltungsrecht für GeschäftsführerInnen und andere Leitungskräfte; *Anmeldung bis drei Wochen vor Beginn (24.9.)*; Gebühr: 180 Euro; Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg e. V., Paulsenstr. 55-56, 12163 Berlin; Tel.: (0 30) 8 20 97-0, Fax: -3 78, E-Mail: Info-Fb@Diakoniebb.de

### 17. Oktober, Berlin

Rechtliche Probleme bei der Durchführung und Abwicklung von Baumaßnahmen; Seminar für GeschäftsführerInnen und LeiterInnen von Bauprojekten; *Anmeldung bis drei Wochen vor Beginn (26.9.)*; Gebühr: 75 Euro; Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg e. V., Paulsenstr. 55-56, 12163 Berlin; Tel.: (0 30) 8 20 97-0, Fax: -3 78, E-Mail: Info-Fb@Diakoniebb.de, Internet: www.dwbb.de

### 17. - 18. Oktober, Berlin

Rechtsseminar zum Inlandtourismus: Verkehrsamt, Verein oder GmbH? - Seminar für kommunale EntscheidungsträgerInnen, BürgermeisterInnen, StadtdirektorInnen, LeiterInnen von lokalen Tourismusorganisationen (ein weiteres Seminar zu dem gleichen Thema findet vom 14. bis 15. Oktober in Böblingen statt); *Anmeldung bis 17. 9. (14.9.)*; Gebühr: 130 Euro ohne Unterbringung; Deutsches Seminar für Tourismus (DSFT) Berlin, Tempelhofer Ufer 23 - 24, 10963 Berlin; Tel.: (0 30) 23 55 19-0, Fax: -25, E-Mail: info@dsft-berlin.de, Internet: www.dsft-berlin.de

### 21. - 22. Oktober, Berlin

Gemeinnützigkeit und Steuern - Konfliktfälle in der betrieblichen Praxis sozialer Betriebe; *Anmeldung bis 21. September*; Gebühr: 260 Euro; Paritätische Akademie gGmbH, Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 60528 Frankfurt (a. M.); Tel.: (01 80) 2 26 22 22, Fax: 2 00 08

### 25. Oktober, Berlin

Wie angle ich einen Millionär oder eine Millionärin? 'Fundraising-Werkstatt' der Paritätischen Bundesakademie; *Anmeldung bis 25. September*; Gebühr: 126 Euro; Paritätische Akademie gGmbH, Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 60528 Frankfurt (a. M.); Tel.: (01 80) 2 26 22 22, Fax: 2 00 08

## Neues Thema für 'Dialog'

Die Vorschläge der Hartz-Kommission - auch für Sie ein Diskussionsthema? BRANDaktuell stellt Ihnen zur Information ein Interview zur Verfügung, das Uwe Kühnert von der LASA mit Prof. Dr. Günter Schmid vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung zu diesem Thema führte. Den Text des Gesprächs finden Sie auf den Dialogseiten der Internetausgabe von BRANDaktuell. Dort haben Sie auch die Möglichkeit, per Mail sich mit anderen Leserinnen und Lesern zum Thema 'Hartz-Vorschläge' auszutauschen oder Ihre Meinung für andere niederzuschreiben. Das Redaktionsteam lädt Sie zu diesem 'ARBEITSMARKT-FORUM' herzlich ein!

### Infos

[www.lasa-brandenburg.de/brandakt/dialog.htm](http://www.lasa-brandenburg.de/brandakt/dialog.htm)

## LASA-Publikationen:

### 1. Dokumentation zur Tagung 'Gemeinschaftsnutzung'

Mitte Mai fand die Auftaktveranstaltung 'Gemeinsam nutzen, lokal gestalten' des Forschungsverbunds Gemeinschaftsnutzung statt. Themen waren u. a. Beschäftigungsperspektiven im ländlichen Raum oder neue Formen der Eigenkapitalbildung. Die Ergebnisse sind in einer Dokumentation zusammengefasst. Diese kann über E-Mail bestellt oder von den LASA-Internet-Seiten als pdf-Datei heruntergeladen werden.

### 2. LASA-Praxishilfe: BSI - Orientierung bei der Planung

Die LASA-Praxishilfe Nr. 12 'BSI - Beschäftigung schaffende Infrastrukturförderung: Eine Orientierungshilfe bei der Planung und Durchführung von Projekten' ist jetzt kostenfrei bei der LASA Brandenburg zu beziehen oder von den LASA-Internetseiten herunterzuladen.

### 3. 'Kompass zur Qualifizierung in KMU' - LASA-Studie Nr. 39

Die LASA-Studie 'Kompass zur Qualifizierung: Orientierungsleitfaden zur frühzeitigen Qualifikationsbedarfsermittlung in kleinen und mittleren Unternehmen im Land Brandenburg' kann gegen eine Gebühr von 9 Euro zzgl. Versandkosten bestellt werden.

### Bestellung

#### 1. Tagungsdokumentation:

- E-Mail: [gne@lasa-brandenburg.de](mailto:gne@lasa-brandenburg.de)
- LASA Internetseiten: [www.lasa-brandenburg.de](http://www.lasa-brandenburg.de), Anklicken: > angebote > Publikationen > Sonstige

#### 2. und 3. Praxishilfe und Studie:

- LASA Brandenburg GmbH, Postfach 900 354, 14439 Potsdam; Tel.: (03 31) 60 02-2 00, Fax: -4 00, E-Mail: [gabi.roehr@lasa-brandenburg.de](mailto:gabi.roehr@lasa-brandenburg.de)
- LASA-Internetseiten: [www.lasa-brandenburg.de](http://www.lasa-brandenburg.de)

Die aufgeführten Termine stellen wir aus zugesandtem Material zusammen. Veranstaltungen werden nach Themen, Kosten und Veranstaltungsorten ausgewählt.



## Impressum

**BRAND**aktuell



Arbeitsmarktpolitischer Service der Landesagentur für Struktur und Arbeit  
Brandenburg GmbH, Nummer 8-9/2002, Wetzlarer Straße 54, 14482 Potsdam,

Telefon: (03 31) 60 02-3 28  
Fax: (03 31) 60 02-4 00  
Internet: [www.lasa-brandenburg.de](http://www.lasa-brandenburg.de)  
E-Mail: [brandaktuell@lasa-brandenburg.de](mailto:brandaktuell@lasa-brandenburg.de)  
V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Wolfgang Kubiczek  
Projektleitung: Erika Grotsch  
Redaktion: Uta Jacobs (jac), Sylvia Krell (kr), Elke Mocker (em)  
Gestaltung: Petra Friedrich, Uta Jacobs, Sylvia Krell, Elke Mocker  
Fotos/Grafiken: LASA-Archiv, Technische Hilfe Brandenburg des Europäischen Sozialfonds bei der BBJ Servis GmbH,  
G. Hoffmann/MPZ (S. 18)  
Druck: Druckerei Feller, Rheinstraße 15 b, 14513 Teltow  
Bestellung: Die Exemplare sind kostenlos und können telefonisch oder schriftlich bestellt werden.

Redaktionelle Verantwortung für die Seiten 12-15: ESF-Technische Hilfe Brandenburg bei der BBJ-Servis GmbH Potsdam, Günter Wölfer  
Finanziell unterstützt vom Land Brandenburg und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds  
Redaktionsschluss für Nr. 10/2002: 20. September 2002

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Autors wieder, nicht unbedingt die des Herausgebers oder der Redaktion.

**Nachdruck - auch auszugsweise - nur zulässig mit Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren!**